Justus-Liebig-Universität Gießen

Institut für Politikwissenschaft

Analysen zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel eines philippinischen Regionalprojektes

Diplomarbeit

im Studiengang

Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt
Entwicklungsländerforschung und dem Nebenfach
Geographie

vorgelegt von

CHRISTOPH SCHUCK

im Januar 2001

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort
Teil I:	Leitlinien internationaler Entwicklungspolitik: Ein Überblick
1.	Die traditionellen Interessen der Industriestaaten
1.1	Die Ausweitung ökonomischer Vorteile
1.2	Die Sicherung geostrategischer Vorteile
1.3	Die Betonung moralischer Verantwortung
2.	Die traditionellen Entwicklungsstrategien der Industriestaaten
2.1	Wachstumsorientierte Entwicklungsstrategien
2.2	Bedürfnisorientierte Entwicklungsstrategien
3.	Erstes Ergebnis: Das Scheitern traditioneller Entwicklungsstrategien als
	Auslöser der Diskussion über die generelle Zukunft von Entwicklungshilfe
1.	Der Wandel von Motiven in der aktuellen Diskussion: Globales Verant-
	wortungsbewußtsein als neuer Schwerpunkt
i.	Der Wandel von Strategien in der aktuellen Diskussion: Marktkonforme
	Grundbefürfnisstrategien mit dem Ziel nachhaltiger Entwicklung (Sustai-
	nable Development)
) .	Zweites Ergebnis: Globale Strukturpolitik – Trotz Widersprüche ein erster
	Schritt in eine gerechtere Zukunft
Геіl II:	Impact Assessment zur Evaluierung der BDP-Projektaktivitäten auf
	der Bondoc-Halbinsel, Philippinen
	Regionalspezifische Hintergrundinformationen
.1	Naturräumliche Einordnung des Projektgebietes
1.2	Demographische Daten und administrative Eingliederung des Projektgebie-
	tes
	Projektspezifische Hintergrundinformationen
.	Das Impact Assessment
3.1	Das Impact Assessment als Initiative zur internationalen Kooperation
3.2	Anmerkungen zum Impact Assessment im Hinblick auf die vorliegende
	Studie

3.3	Formulierung des Forschungsproblems	4
3.4	Theoriebildung: Konzeptspezifikation und Operationalisierung	4
3.4.1	Implementation of Sustainable Resource Management	4
3.4.2	Family Oriented Preventive Health Care Services	4
3.5	Forschungsdesign	4
3.6	Auswahl der Untersuchungseinheiten und Repräsentativität	4
3.7	Pretest und Datenerhebung	4
3.8	Datenerfassung und statistische Datenanalyse	5
3.8.1	Implementation of Sustainable Resource Management	5
3.8.1.1	Exemplarische Darstellung erhobener Daten	5
3.8.1.2	Trendanalyse	5
3.8.2	Family Oriented Preventive Health Care Services	5
3.8.2.1	Exemplarische Darstellung erhobener Daten	5
3.8.2.2	Trendanalyse	6
3.8.3	Korrelationsanalyse: Evaluierung des Einflusses von BDP-Aktivitäten im	
	Hinblick auf die zu beobachtenden Veränderungen	6
4.	Ergebnis: Trotz des entscheidenden Beitrags des BDP zu der zu beobach-	
	tenden Verbesserung des Lebensstandards der im Erhebungsgebiet ansäs-	
	sigen Menschen sind weiterreichende Maßnahmen erforderlich	7
Teil III:	Anspruch und Realität: Analyse des Regionalprojektes unter den Ge-	
	sichtspunkten aktueller Leitlinien der internationalen Entwicklungs-	
	zusammenarbeit	
1.	Konzept der Globalen Strukturpolitik als Grundlage des Regionalprojekts?	7
2.	Gewährleistung einer nachhaltigen regionalen Entwicklung (Sustainable	
	Development) durch das BDP-Projekt?	7
Teil IV:	Abschlußbetrachtungen	
1.	Zusammenfassung und Gesamtergebnis	8
2.	Ausblick	8
Anlage:	Anmerkungen zur Terminologie	8
	Abkürzungsverzeichnis	8
	Tabellen	9
	Quellenverzeichnis	9

Vorwort

Die Diskussion über Motive und Ziele, Nutzen und Schaden von Entwicklungshilfe hält schon so lange an, wie es sie selbst gibt. Den Industriestaaten wird bis in die Gegenwart regelmäßig vorgeworfen, sie würden dabei ausschließlich aus Eigeninteresse handeln¹. HANCOCK (1989, S. 116), eloquenter Verfechter dieser These, zitiert in diesem Zusammenhang in seinem viel beachteten Buch *Händler der Armut* den amerikanischen Präsidenten RICHARD NIXON (1968):

"Wir wollen eines nicht vergessen: Das Hauptziel unserer Hilfe ist nicht, anderen Nationen zu helfen, sondern uns selbst."

Auf den ersten Blick mag eine derart offensichtliche und egoistische Haltung in einem solch sensiblen Themenkomplex wie dem der Entwicklungshilfe unter moralischen Aspekten unangemessen, ja fast schon verwerflich und delinquent erscheinen. Wird jedoch in diesem Zusammenhang eine These aus dem Werk *The Wealth of Nation* von ADAM SMITH zugrunde gelegt, relativiert sich dieser Eindruck:

"It is not from the benevolence of the butcher, the brewer or the baker that we expect our dinner, but from their regard to their own interest."

Demnach würde die Zielsetzung der Industriestaaten, durch die geleistete Entwicklungshilfe vor allem auch eigene Vorteile zu erlangen, keineswegs zwangsläufig einen Nachteil für die Empfängerländer bedeuten, sondern vielmehr als "Initialzündung" dienen, überhaupt den Prozeß der Entwicklungszusammenarbeit in Gang zu setzten. Profitieren würden dabei Geber- und Empfängerländer gleichermaßen.

1

¹ vgl. hierzu u.a.: ALEXANDER (1992); HANCOCK (1989); ERLER (1985)

Um den Themenkomplex der Entwicklungszusammenarbeit begreifen zu können, erscheint es daher unabdingbar, zunächst die Interessen² zu untersuchen, in denen sich das Engagement der Industriestaaten begründet. Das ist Thema des ersten Teils der vorliegenden Studie und wird exemplarisch an drei Komponenten verdeutlicht. Es geschieht mit dem Bewußtsein, daß sie durch eine Reihe weiterer ergänzt werden könnten.

Desweiteren wird zu untersuchen sein, durch welche Strategien diese Interessen umgesetzt werden sollen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die außerordentliche Dynamik der Veränderung von Methodik und Leitlinien sowie deren Kritik, die bis in die Gegenwart anhält. Abschließend werden die Tendenzen der aktuellen Diskussion skizziert.

Im zweiten Teil der Studie wird an einem regionalen Entwicklungsprojekt auf der Bondoc-Halbinsel (Luzon), Philippinen, untersucht werden, wie sich internationale Entwicklungszusammenarbeit in der Realität gestaltet. Grundlage der Analyse ist ein *Impact Assessment*, das im März 2000 unter meiner Mitwirkung vor Ort durchgeführt wurde.

Im dritten Teil der Studie soll eruiert werden, inwieweit sich die theoretischen Entwicklungsansätze in der Realität widerspiegeln, wo sich Divergenzen und Widersprüche, aber auch Übereinstimmungen und Erfolge bemerkbar machen. Im vierten Teil werden die Ergebnisse der Studie zusammengefaßt.

Im Hinblick auf den begrenzten Umfang der Studie erscheint es sinnvoll, lediglich einen Überblick über die Leitlinien internationaler Entwicklungspolitik darzulegen. Wie bereits angedeutet, stehen dabei die Interessen der Industriestaaten, Entwicklungshilfe zu leisten und Strategien zur Implementierung dieser im Mittelpunkt. Zur zusätzlichen Vertiefung anderer bedeutender Themenkomplexe, die im Rahmen dieser Studie nicht oder nur am Rande dargestellt

5

² Der Begriff *Interesse* ist in der Sozial- und Politikwissenschaft von entscheidender Bedeutung. THIERY (in: MOLS 1994, S. 221) bemerkt hierzu: "Wer … Interessen nicht beachtet, wird schwerlich politischen Prozessen … auf den Grund gehen können." *Interessen* müssen als elementares Steuerelement sämtlicher Ereignisse, Prozesse und Konflikte definiert werden. Daher ist es auch in dem Themenkomlex der Entwicklungspolitik unumgänglich, die Frage zu stellen, wer letztlich von Entwicklungshilfe profitiert und aus welchen Gründen dies der Fall ist.

werden - die Theorien der Unterentwicklung seien hier als Beispiel genannt -, verweise ich auf die angegebene Fachliteratur.

Ziel dieser Studie ist, die Kohärenz zwischen dem theoretischen Konstrukt aktueller westlicher Entwicklungskonzepte auf der einen und deren Wirkungsweise in der Praxis auf der anderen Seite aufzuzeigen und zu bewerten. Dies geschieht primär am Beispiel des philippinischen Regionalprojektes. Darüberhinaus sollen aber zusätzlich auch überregionale Entwicklungen berücksichtigt werden.

Mein Dank gilt Prof. Dr. EISSEL und Prof. Dr. SEIDELMANN, die diese Studie betreuten. Ebenso möchte ich mich bei Prof. Dr. SCHOLZ bedanken, ohne den das studentische Engagement zur Evaluierung der Projektaktivitäten auf den Philippinen nicht zustande gekommen wäre und bei OLAF HAUB, der mich mit weiteren Hintergrundinformationen über das Entwicklungsprojekt auf den Philippinen unterstützte. Auch danke ich dem GTZ-Teamleiter Dr. von BOGUSLAWSKI, den Mitarbeitern vor Ort und den beteiligten Studenten, ohne die dieses *Impact Assessment* undenkbar gewesen wäre.

Teil I: Leitlinien internationaler Entwicklungspolitik: Ein Überblick

1. Die traditionellen Interessen der Industriestaaten

1.1 Die Ausweitung ökonomischer Vorteile

In der marktwirtschaftlich geprägten Gesellschaft der westlichen Welt werden Staat und Individuum der Ökonomie gegenüber zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Entscheidungen, die zuvor in erster Linie politischer und gesellschaftlicher Natur waren, sind im Zeitalter der Globalisierung mehr und mehr

dem bedingungslosen Streben nach ökonomischen Vorteilen untergeordnet³. Große Unternehmen und einflußreiche Finanzexperten beeinflussen mittlerweile maßgeblich Entscheidungen zu ihren Gunsten. CZEMPIEL (1991, S. 94), weltweit anerkannter Experte im Bereich der internationalen Beziehungen, beschreibt den veränderten Status der Ökonomie dahingehend, daß in der Gesellschaftswelt Akteure aufträten, die aus den Staaten heraus entweder gegen sie oder ohne sie operierten. Die großen Wirtschaftskonzerne hätten sich längst aus der Herrschaft der Nationalstaaten emanzipiert⁴.

Industriestaaten und "große Wirtschaftskonzerne", die einen Teil ihrer finanziellen Mittel auf die Art und Weise verwenden, niedriger entwickelte Staaten zu unterstützen, tun dies, um mittel- und langfristig die getätigten Investitionen mit Gewinn zurückzubekommen. Dieses Bestreben unterstreicht der amerikanische Senator MCGOOVERN (1964) bezüglich der Entwicklungshilfe seines Landes für Indien in unmißverständlicher Deutlichkeit:

"Die Menschen, denen wir heute helfen, sind morgen unsere Kunden. … Ein riesiger Markt für amerikanische Produkte aller Art wird entstehen, wenn es Indien gelingt, die Hälfte der Produktivität Kanadas zu erreichen." (zitiert nach HANCOCK 1989, S. 115)

Auch laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat Entwicklungshilfe zum Ziel, neue Absatzmärkte zu etablieren. In der Übersicht Grundlagen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit⁵ wird betont, daß für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Bestrebens Grundvoraussetzungen geschaffen werden müßten, auf die Industriestaaten Einfluß nehmen sollten.

7

³ In diesem Zusammenhang wird beispielhaft auf die westlich - chinesische Kooperation verwiesen, die trotz eklatanter Menschenrechtsverstöße in China weiterhin ausgebaut wird.

⁴ Es sei in diesem Zusammenhang ergänzt, daß die "großen Wirtschaftskonzerne" sich darüberhinaus häufig der politischen Einflußmöglichkeiten der Staatsorgane direkt oder indirekt bedienen, um Entwicklungen zu ihrem Vorteil zu beeinflussen. Der Status der "Emanzipation" ist unter dieser Prämisse auch in der Gegenwart nicht festzustellen, da sich eine Verschiebung der Möglichkeit von Einflußnahme in die andere Richtung ergeben hat.

⁵ vgl.: BMZ (1997, S. 18f.)

Das erfolgreiche Zusammenspiel dreier Ebenen sei in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung. Auf (1) staatlicher Ebene müsse eine Wirtschaftsordnung existieren, die für ordnungspolitische Rahmenbedingungen (z.B. verläßliches Rechtssystem, Freiraum für privates Handeln) sorge. Auch habe der Staat eine geeignete Infrastruktur bereitzustellen. Der (2) Institutionen- und Verbandsebene unterliege die Aufgabe, Institutionen zu etablieren, die zwischen Staat und Unternehmen stehen (z.B. Gewerkschaften). Auf (3) Unternehmensebene müsse Entwicklungshilfe geleistet werden, um finanzielle Mittel und technisches Wissen bereitzustellen. Nur wenn diese Anforderungen erfüllt seien, wäre dies die Basis einer positiven Wirtschaftsentwicklung, die später gegebenenfalls auch als Absatzmarkt fungieren könne.

Neben dem Bestreben, neue Absatzmärkte zu errichten, ist eine weitere Komponente zu beobachten, die als Steigerung dessen verstanden werden kann:

Eine existente ökonomische Bindung wird nun dahingehend ausgebaut, daß eine umfassende Vormachtstellung des Industriestaates entsteht, die weit über ökonomische Komponenten hinausreicht und auch den politischen Spielraum des Entwicklungslandes entscheidend einengt. Dies wird unter dem Bergriff *Hegemonie* zusammengefaßt, nach HÜBNER (1990, S. 75) "... die Fähigkeit der führenden Nation [der Hegemonialmacht], ihren Willen gegen andersgerichtete Absichten anderer Staaten durchzusetzen". Daß dieser Grund als Motivation einen sehr hohen Stellenwert besitzt, läßt sich stellvertretend am Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Mexiko verdeutlichen.

In Mexiko dominierte von Ende der siebziger bis in die achtziger Jahre eine protektionistische Politik, die eine importsubstituierende Industrialisierungsstrategie vorsah, um ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Einfluß zu minimieren. Diese Politik mündete in ökonomische Depressionen, die Mexiko an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führten⁶. Aufgrund mangelnder

8

⁶ Ein Grund dafür war der mexikanische Binnenmarkt, von dem alleine nicht genügend Nachfrageeffekte ausgingen, um für eine mittel- und langfristige wirtschaftliche Stabilität zu sorgen.

Alternativen⁷ fand daraufhin ein radikaler Wandel in der mexikanischen Politik statt⁸, der schließlich in das von den USA initiierte NAFTA mündete.

Obwohl daraus auch einige Vorteile für Mexiko entstanden⁹, müssen doch primär die Vereinigten Staaten als Gewinner dieser Entwicklung angesehen werden, die nicht nur Teile ihrer Produktion nach Mexiko verlagerten, um kostengünstiger produzieren zu können, sondern dort auch durch fehlende gesetzliche Auflagen (z.B. im Umweltschutz) weniger eingeschränkt wurden. BIERMANN (1993, S. 106) unterstreicht diese These: Ganz Nordmexiko drohe zu einer riesigen Müllkippe der USA zu werden. Es müsse auch für die Zukunft bezweifelt werden, daß es der mexikanischen Regierung gelinge, USBetrieben schärfere ökologische Kriterien aufzuerlegen. Dies und fehlende gewerkschaftliche Einrichtungen ermöglichten es den USA (S. 103), auf billige mexikanische Arbeitskräfte sowie auf Grund und Boden zurückzugreifen, während sie selbst Kapital, Know-how und Management zur Verfügung stellten. Daß diese immense ökonomische Präsenz der USA ihnen zudem eine deutlich stärkere politische und geostrategische Einflußnahme in ganz Lateinamerika gewährleistet, ist offensichtlich.

Während MIDDLEBROOK (1991, S. 261ff.) zumindest noch die Frage stellt, ob sich durch die entstandene Freihandelszone nun eine Interdependenz zwischen den USA und Mexiko entwickelt habe, schließt SCHIRM (1994, S. 31) dies kategorisch aus und erklärt, daß ausschließlich die USA, also der Industriestaat, von einer solchen Zusammenarbeit profitiere:

⁷ Die USA boten zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit an, für die mexikanischen Auslandsschulden zu bürgen. Bedingung dafür war die Abkehr Mexikos von seinen protektionistischen Bestrebungen und eine Akzeptanz umfassender neoliberaler Reformen.

⁸ Dieser Wandel ist untrennbar mit dem mexikanischen Präsidenten (1988-1994) CARLOS SALINAS DE GORTARI verbunden, der, von der Notwendigkeit fundamentaler neoliberaler Reformen selbst überzeugt, sie mit großem Engagement durchsetzte.

⁹ Die Wirtschaft des Landes hat sich - trotz erneuter Krisen - stabilisiert und ein langsamer Demokratisierungsprozeß etabliert sich, der auch auf die seit 1929 bis vor kurzem ohne Unterbrechung regierende *Partei der Institutionalisierten Revolution* (PRI) überzugreifen scheint. Nach 71 Jahren gestand die PRI erstmals ihre Niederlage ein. Neuer Präsident Mexikos ist nun der Vorsitzende der Nationalen Aktionspartei (PAN), VICENTE FOX.

"Berücksichtigt man die Konzeptualisierung von Interdependenz, so scheinen Zweifel an der Gültigkeit dieser [im Bereich der Interdependenz angesiedelten] Argumentationslinien für die USmexikanischen Beziehungen angebracht, da im Ergebnis die lateinamerikanischen Länder ihre Autonomiewünsche aufgaben, und die USA ihre Positionen verwirklicht sehen konnten, ohne eigene Zugeständnisse zu machen."

In seinen Abschlußbetrachtungen wird SCHIRM (1994, S. 202f.) noch deutlicher. Er erklärt, die USA hätten durch indirekte wirtschaftliche Macht und Ausübung von Zwang einen früheren Problemfall ihrer Außenpolitik zu einem diplomatischen Aktivposten umfunktioniert¹⁰. Die Vereinigten Staaten seien nicht nur der mit Abstand wichtigste Lieferant und Abnehmer für Mexiko, sondern verfügten, so SCHIRM (1994, S. 72f.), heute über eine größere Dominanz als Mitte der siebziger Jahre. Dies würde das nach wie vor in der mexikanischen Politik präsente Ziel einer Diversifizierung der Außenpolitik "zur Floskel degradieren" (S. 73).

1.2 Motive zur Sicherung geostrategischer Vorteile

"Ich habe gehört, daß Menschen durch Nahrungsmittel von uns abhängig werden könnten. Für mich ist das eine gute Nachricht - denn bevor Menschen etwas tun können, müssen sie essen. Und wenn wir nach einer Möglichkeit suchen, Menschen dazu zu bringen, daß sie sich auf uns verlassen und auf uns angewiesen sind, und zwar in dem Sinne, daß sie mit uns zusammenarbeiten, dann, so meine ich, ist Abhängigkeit durch Nahrungsmittel eine großartige Sache."

Unterentwickelte Staaten von Entwicklungshilfe abhängig zu machen, ist gemäß obiger Aussage des amerikanische Senators HUMPHREY (1957)¹¹ ein

10

¹⁰ vgl. zum historischen amerikanisch-mexikanischen Verhältnis auch: Biermann (1993), S. 48
-110

¹¹ zitiert nach HANCOCK (1989, S. 116)

Bestreben, welches gezielt zur Sicherung geostrategischer Vorteile eingesetzt werden kann. Daß dabei der unter moralischen Gesichtspunkten gerne betonten Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung vollkommen entgegengewirkt wird, muß ebenso als Paradoxie entwicklungspolitischer Konzepte verstanden werden¹² wie die Auffassung führender Politiker der Großmächte USA und Sowjetunion während des *Kalten Krieges*, Staaten mit Diktatoren könnten leichter kontrolliert werden als solche mit einer demokratisch legitimierten Regierung.

Den größten Stellenwert erlangte diese Strategie zweifelsohne zu Zeiten des *Kalten Krieges*, wenngleich der Ursprung schon in der *Truman-Doktrin*¹³ zu finden war, die ab 1947 als Leitlinie amerikanischer Außenpolitik fungierte. Der in diesem Rahmen initiierte Marshallplan beinhaltete keineswegs nur das Ziel, neue Absatzmärkte zu schaffen, sondern sollte auch durch massive Unterstützungsleistungen eine zügige Westintegration der Empfängerländer gewährleisten. NEUMANN¹⁴ unterstreicht diese Einschätzung: Die amerikanische Marshallplanpolitik gegenüber Westeuropa sei ein Teil des amerikanischen *Containmentkonzeptes* gewesen, die Ausdehnung des Kommunismus durch wirtschaftliche, politische und militärische Stärkung der bedrohten Staaten einzudämmen. Der amerikanische Präsident KENNEDY (1961) beschrieb dieses Bestreben einige Jahre später während einer Periode zunehmender Spannungen mit der Sowjetunion folgendermaßen:

"Auslandshilfe ist eine Methode, durch die sich die Vereinigten Staaten in aller Welt eine mächtige und einflußreiche Position erhalten und zahlreiche Länder versorgen, die anderenfalls zusammenbrechen oder in den kommunistischen Block abdriften würden." (zitiert nach HANCOCK 1989, S. 116)

¹² Entwicklungshilfe zur Sicherung geostrategischer Vorteile ist an einer wachsenden Dependenz des Entwicklungslandes interessiert. Würde eine nachhaltig erfolgreiche Entwicklung einsetzen, wäre das Entwicklungsland mit der Zeit unabhängig und nicht mehr in diesem Maße beeinflußbar.

¹³ Benannt nach dem amerikanischen Präsidenten TRUMAN. Sie forderte, Staaten in allen Bereichen zu unterstützen, damit diese nicht in den Einflußbereich der Sowjetunion fallen ("Roll Back Politik").

¹⁴ in: DRECHSLER (1995, S. 524)

In der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte sind ähnliche Beobachtungen zu erkennen. Die in den fünfziger und sechziger Jahren verfochtene *Hallstein-Doktrin*¹⁵ avancierte in der westdeutschen Entwicklungspolitik in diesem Zeitraum zu einem entscheidenden Pfeiler. Nur solche Entwicklungsländer konnten mit Unterstützung rechnen, die sich klar von der Anerkennung des zweiten deutschen Staates, der DDR, distanzierten¹⁶. Damit überwog diese gleichermaßen ordnungspolitisch und geostrategisch geprägte Auffassung sogar gegenüber ökonomischen und moralischen Aspekten.

Der Stellenwert geostrategischer Motive der Entwicklungspolitik schwächte sich verständlicherweise nach Ende des *Kalten Krieges* ab, ist jedoch nach wie vor zu beobachten. Als bemerkenswertes Beispiel kann die ehemalige Sowjetunion, mittlerweile selbst Empfängerland von Entwicklungshilfe, angeführt werden - also genau der Staat, den es zuvor aus westlicher Sicht noch galt, durch den gezielten Transfer von Geldern an andere Entwicklungsländer, zurückzudrängen.

Die finanziellen Unterstützungen seitens der USA, Europas oder dem IWF waren und sind an strenge marktwirtschaftliche Bedingungen geknüpft, die primär das Ziel beinhalten, den Reformprozeß in Rußland unumkehrbar zu gestalten. Die Angst vor den noch vorhandenen kommunistischen Strömungen ist nach wie vor groß. Ob diese Strategie ihr Ziel erreicht und zu einem nachhaltigen Aufschwung in Rußland führt, muß jedoch angesichts der aktuellen Situation bezweifelt werden¹⁷.

1.3 Die Betonung moralischer Verantwortung

Die Moral, gemäß der Definition "ein System … von sittlichen Grundsätzen und Normen, das zu einem bestimmten Zeitpunkt das zwischenmenschliche

¹⁵ "Die Bundesregierung betrachtete die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR und damit ihre völkerrechtliche Anerkennung durch andere Staaten als unfreundlichen Akt und brach ihrerseits die Beziehung zu diesen Staaten ab." (DRECHSLER: 1995, S. 372)

¹⁶ Ausnahme: Sowjetunion
¹⁷ Die westliche Entwicklungspolitik gegenüber Rußland soll an dieser Stelle nicht vertieft werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Fachliteratur, z.B. Yavlinsky, Grigory 1996: Das neue Rußland; München

Verhalten reguliert¹⁸, ist zumindest in der Theorie wesentlicher Bestandteil westlicher Gesellschaftsformen. So lautet einer der Grundgedanken der *Sozialen* Marktwirtschaft auch, die Schwachen und Benachteiligten zu unterstützen, selbst wenn dies dem ökonomischen Maximierungsprinzip im kurzfristigen Zeitraum widerspricht¹⁹. Art. 14 Absatz 2 GG betont beispielsweise, daß Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch solle zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. In dem *Kapitel Grundgedanken des Grundgesetzes*²⁰ wird erklärt, daß es ...

das übergreifende Ziel des sozialstaatlichen Auftrags sei, die Sicherung menschenwürdiger Existenz ... zu gewährleisten.

Daß diese Zielsetzung nicht nur im Hinblick auf den Nationalstaat Gültigkeit besitzt, beweist die vollständige Mitgliedschaft westlicher Industriestaaten in der supranationalen Organisation der *Vereinten Nationen*. In Art. 56 der Charta der *Vereinten Nationen* verpflichten sich alle Mitgliedsstaaten, zur Verbesserung des Lebensstandards und zur Lösung von wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Problemen unabhängig von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion im internationalen Kontext beizutragen²¹. Daraus ergibt sich eine Verpflichtung zu einer engagierten Entwicklungspolitik²². Das moralische Bekenntnis zur Entwicklungshilfe basiert also auf der Einsicht, der Bessergestellte müsse den Benachteiligten unterstützen - auch ohne daß sich dadurch die aufgeführten ökonomischen oder geostrategischen Vorteile ergeben.

Auf einen in seiner Bedeutung übergeordneten Gerechtigkeitssinn bezieht sich beispielsweise die *Deutsche Welthungerhilfe*, die sich selbst als "Anwalt der

¹⁸ Bibliographisches Institut (1975, S. 292)

Es ist bemerkenswert, daß dies mittlerweile auch von dem breiten Spektrum der deutschen Parteien und Verbände akzeptiert wird. Obwohl es in der Methodik der Strategien zur sozialen Absicherung nach wie vor unterschiedliche Auffassungen gibt, ist ein Maß an Übereinstimmung dahingehend zu erkennen, sozialstaatliche Komponenten mit denen ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden.

²⁰ Hessisches Kultusministerium (1994b, S. 49)

²¹ vgl.: Hessisches Kultusministerium (1994a, S. 251): Art. 55 und 56

²² Die Praxis jedoch zeigt, daß die Vereinten Nationen als Grundlage von Verbindlichkeiten eine überaus schwache Position besitzen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Mitgliedsstaaten die Charta als verbindlich anerkannt haben.

Armen²³" definiert. Sie hat sich die "Überwindung von Armut und Hunger in den Entwicklungsländern"²⁴ zum Ziel gesetzt. WIECZOREK-ZEUL teilt diese Auffassung und erklärt im Vorwort des vom BMZ herausgegebenen Journalistenhandbuchs (2000), niemand könne zufrieden in die Zukunft schauen, "solange Armut und Ungleichheit, Elend, Gewalt und Unterdrückung die Vielfalt und den Reichtum unserer Welt überschattet ... und die Stimme der Schwächeren überhört wird". Auch der amerikanische Politiker HOOVER (1945), der kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch das zerstörte Europa reiste, wies anschließend auf den Stellenwert von Moral in der Entwicklungshilfe hin:

> "Von den vier Apokalyptischen Reitern ist einer, der Krieg, verschwunden. Aber Hunger, Pest und Tod lasten noch immer auf der Welt. Der Hunger ist ein stiller Besucher ... Er wirkt zerstörerischer als Armeen, nicht nur auf das menschliche Leben, sondern auch auf die Moral ... Aber wir können diese Menschen vor dem schlimmsten bewahren - wenn wir nur wollen." (zitiert nach HANCOCK 1989, S. 114)

Es gibt eine Vielzahl weiterer Aussagen, in denen auf die Moral als Motivationsgrundlage der Entwicklungshilfe verwiesen wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß nicht selten genau dieser betonte Altruismus seinen Ursprung im Eingeständnis von Schuld hat. "Als der Prozeß der Dekolonialisierung in den fünfziger und sechziger Jahren begann", beschreibt HANCOCK (1989, S. 116), "wurde ihnen [den Industriestaaten] immer häufiger der Vorwurf gemacht, sie trügen die Schuld an der Armut in ihren ehemaligen Kolonien." ANSPRENGER²⁵ unterstreicht diese Einschätzung und ergänzt, den zu beobachtenden Mangel an Demokratien in Afrika hätten die ehemaligen Kolonialmächte zu verantworten²⁶. Die Kolonialherrschaft sei nicht nur Fremdherr-

²³ Deutsche Welthungerhilfe (1993, S.2)

²⁴ ebd.

²⁵ in: TETZLAFF (1991, S. 9)

²⁶ Diese Erkenntnis hat sich im Rahmen der aktuellen Diskussion manifestiert. In der Strategie des Sustainable Development wird von vielen Wissenschaftlern deshalb besonderer Wert auf die Unterstützung eines Demokratisierungsprozesses in den Entwicklungsländern gelegt. Vgl. auch: S. 30f.

schaft gewesen, es habe sich auch um eine autokratische Herrschaft gehandelt, um eine "Politik von oben nach unten". Die Schuld der Industriestaaten liege darin, daß Afrika nie die Chance gehabt habe, auf eine eigene politische Tradition zurückzugreifen. Daß zudem in Kolonialzeiten eine prosperierende Wirtschaftsentwicklung in den besetzten Ländern selbst undenkbar war, ist offensichtlich und bedarf keiner weiteren Erklärung.

Es muß daher gleichermaßen in der traditionellen wie in der aktuellen Diskussion davon ausgegangen werden, daß dieses Schuldeingeständnis eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt und in Verbindung mit kulturellen Gemeinsamkeiten, wie z.B. der Landessprache, maßgeblich für die geleistete Entwicklungshilfe mitverantwortlich ist.

2. Die traditionellen Entwicklungsstrategien der Industriestaaten

2.1 Wachstumsorientierte Entwicklungsstrategien

Von Anfang der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre war die Auffassung verbreitet, daß mit steigendem wirtschaftlichen Wachstum in den Entwicklungsländern die Armut erfolgreich besiegt werden könnte (Trickle-Down-Effekt²⁷). Entwicklung und Modernisierung wurden als Grundlage eines "Aufholprozesses" (ADDICKS 1979, S. 12) definiert, bei dem die unterentwickelten Staaten die Industrieländer als Vorbild anerkennen sollten. Die industrielle Revolution vergangener Jahrhunderte, die für eine außergewöhnlich starke wirtschaftliche Dynamik in den westlichen Staaten verantwortlich war, sollte von den Entwicklungsländern nun im "Zeitraffer" (ebd.) nachvollzogen werden. Die Prämisse, Wachstum sei mit Entwicklung gleichzusetzen, begründet LEWIS (1956, S. 476) folgendermaßen:

"Die ökonomische Entwicklung erlaubt den Menschen auch den Luxus einer sehr humanitären Einstellung. Auf dem niedrigsten Existenzniveau z.B. bleibt wenig für die übrig, die sich nicht selbst helfen können und die Schwächsten müßten untergehen.

15

²⁷ Sozialprodukterhöhungen - wie auch immer ausgelöst - haben positive Auswirkungen auf die anderen, den Entwicklungsstand bestimmenden Faktoren in allen regionalen und sozialen Bereichen. vgl.: ADDICKS (1979, S. 17ff.) und LACHMANN (1994, S. 211f.)

Nur in dem Maße, wie die Überschüsse zunehmen, sorgen die Menschen für den Leprabehafteten, den Geistesgestörten, den Verkrüppelten, den Blinden und andere Unglückliche. Der Wunsch für die Kranken ... zu sorgen, ist in den zivilisierten Gesellschaften nicht notwendigerweise größer als in den primitiven, aber die ersteren haben weit mehr Mittel für diese Zwecke übrig und können daher in der Tat eine größere humanitäre Leistung entfalten."

Die von LEWIS beschriebene ökonomische Entwicklung sollte durch einen massiven Transfer von Kapital an die Entwicklungsländer verwirklicht werden, um ein sich selbsttragendes wirtschaftliches Wachstum einzuleiten, welches schließlich auch zu den ärmsten Bevölkerungsschichten "durchsickern" würde. ROSTOW unterteilt das zu erwartende wirtschaftliche Wachstum in fünf Stadien und geht davon aus, daß alle vergangenen und gegenwärtigen Gesellschaften einem dieser Stadien zugeordnet werden können (ENGELHARD 2000, S. 25). Dieses Konzept wird von KAISER (1988, S. 123) wie folgt zusammengefaßt:

"Während in den Entwicklungsländern noch die Bedingungen traditioneller Gesellschaften vorherrschten, sollten die Voraussetzungen geschaffen werden für einen wirtschaftlichen Aufstieg, der sich immer stärker beschleunigen, danach in ein Reifestadium und letztlich in eine Phase des Masssenkonsums münden sollte, vergleichbar der Situation in den hochentwickelten Industrieländern²⁸."

Nachdem schon Mitte der sechziger Jahre die These - Wachstum werde unabhängig von den angewandten Methoden zu seiner Förderung automatisch zu

16

²⁸ In diesem Zusammenhang fällt oft der Begriff "Take-Off-Strategie" (take off = abheben, starten), der impliziert, daß durch eine permanente Beschleunigung des Wachstums irgendwann die Phase des "Abhebens" erreicht wird, die es dem Entwicklungsland ermöglicht, sich den Industriestaaten anzugleichen.

einem höheren Lebensstandard aller führen - in Frage gestellt wurde, fand zu Beginn der siebziger Jahre eine endgültige Abkehr von der wachstumsorientierten Entwicklungsstrategie statt. Begründet wurde dies u.a. damit, daß...

...trotz eindrucksvoller Wachstumsraten des realen Sozialproduktes sich das Massenelend in vielen Entwicklungsländern noch vergrößert habe. Die früher gehegte Hoffnung, ein rasches Wachstum der Wirtschaft würde ausreichen, innerhalb zumutbarer Zeitgrenzen Armut, Ungleichheit und Unterbeschäftigung zu beseitigen, habe sich nicht erfüllt. (JUNGFER 1991, S. 20)

STREETEN (1977) begründet das Scheitern dahingehend, daß die lineare Sichtweise des ausschließlich auf der Maximierung ökonomischen Wachstums basierenden Entwicklungsansatzes eine Vielzahl von Sachverhalten ignoriere. Beispielsweise werde übersehen, daß sich für die heutigen Entwicklungsländer andere Möglichkeiten und Hemmnisse böten als die, mit denen England oder sogar Deutschland, Frankreich und Rußland in ihrer Industrialisierungsphase konfrontiert wurden. Zudem kritisiert ADDICKS (1979, S. 109), es würde "absurd anmuten", wenn der auf langfristiges ökonomisches Wachstum zielende Ansatz beinhalte, daß "dieses 'langfristig' nicht in das Erleben der gegenwärtigen Generation fällt".

Auch muß bezweifelt werden, daß eine ausschließliche Fokussierung auf eine zügige Industrialisierung notwendigerweise ein Überwinden der Armut bedeutet. LACHMANN (1994, S. 212) weist zurecht darauf hin, daß dies mitunter zu einer Vernachlässigung der Landwirtschaft geführt habe. ADDICKS (1979, S. 77) geht sogar soweit, dieses vom wachstumsorientierten Entwicklungsansatz bewußt in Kauf genommene Phänomen als "Ausbeutung des agrarischen Bereiches" zu bezeichnen. Die daraus resultierende Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen der vom Entwicklungsland angebotenen industriellen Exportprodukte impliziert dann verhängnisvolle Auswirkungen, wenn deren Preise verfallen oder nicht konkurrenzfähig sind.

2.2 Bedürfnisorientierte Entwicklungsstrategien

Der Ende der sechziger Jahre aufkommenden bedürfnisorientierten Entwicklungsstrategie lag ebenfalls die Auffassung zugrunde, das Leid der ärmsten Teile der Bevölkerung der Dritten Welt müsse gelindert werden. Zunächst weist NOHLEN (1998, S. 316) darauf hin, daß die Befriedigung von Grundbedürfnissen nicht als Endziel von Entwicklung verstanden werden dürfe, vielmehr seien sie ein erster Schritt zur Befriedigung von Bedürfnissen, die über das Existenzminimum hinausgingen²⁹. JUNGFER (1991, S. 21) beschreibt die Abgrenzung zu dem wachstumsorientierten Ansatz dahingehend, daß ein Wandel von der kapitalintensiven zur arbeitsintensiven Produktionsweise stattfinden solle. Arbeitslosigkeit schaffe immer Unruhen, daher sei das Ziel, eine Vollbeschäftigung zu erreichen selbst dann sinnvoll, wenn die Löhne niedrig seien, wie es das Beispiel von Taiwan verdeutliche (S. 178). ALEXANDER (1992, S. 62) bewertet dementsprechend die Förderung unterentwickelter ländlicher Gebiete als Hauptaufgabe des bedürfnisorientierten Ansatzes und beschreibt ihn als "Versuch, die moderne Infrastruktur auf das flache Land zu bringen".

Die Schlagwörter dieser Strategie entsprachen dem Zeitgeist³⁰. Forderungen nach "Gerechtigkeit", "Umverteilung" und "einem Kampf für die Rechte der Unterprivilegierten" hatten gleichermaßen im inner- und außerstaatlichen Bezug Gültigkeit. Die erste "Mitte-Links Regierung" der Bundesrepublik³¹ war bereit, diese Gedanken ihrer Entwicklungspolitik zugrunde zu legen. AD-DICKS (1979, S. 9) bezeichnet diesen Wandel als "stille Revolution", da erst-

²⁹ Auch hier muß erwähnt werden, daß in der Fachliteratur keine eindeutige Definition besteht, was genau unter "Grundbedürfnissen" zu verstehen ist. Ich werde im folgenden die Definition von MASLOW (1943) zugrunde legen, der fünf Klassen von Bedürfnissen definiert, die in ihrer Dringlichkeit hierarchisch geordnet sind (zitiert nach JUNGFER 1991, S. 37). Die ersten beiden Klassen sind hierbei von Bedeutung.

Physiologische Bedürfnisse (Essen, Trinken, Kleidung, Wohnung)

Sicherheitsbedürfnis (Schutz vor unvorhersehbaren Ereignissen wie Unfall, Krankheit, Kriminalität)

Soziale Bedürfnisse (Bedürfnis nach Gemeinschaft und befriedigten Sozialbeziehungen)

Wertschätzungsbedürfnisse (Anerkennung und Selbstachtung)

^{5.} Selbstverwirklichung ³⁰ In Deutschland war dies der Zeitgeist der sog. 68er Bewegung. Innerstaatlich veraltete Strukturen und außenpolitisch umstrittene Signale wie die Annäherung Deutschlands an den Iran und die politische Unterstützung der Amerikaner in Vietnam trugen zu einer Neudefinition politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Ziele durch Teile der Bevölkerung bei.

³¹ 1966 – 1969 Große Koalition, Bundeskanzler KURT GEORG KIESINGER.

mals Ungleichheiten der bestehenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie das Wirken der allokativen Mechanismen zugunsten der Besitzenden als Hemmnisse definiert wurden, die dem alle Gruppen gleichmäßig erfassenden Funktionieren des Aufholprozesses entgegenstünden (S. 109).

Die Beseitigung der Armut sollte nun unter einer vollkommen unterschiedlichen Abfolge geschehen, als dies bisher unter den Prämissen des wachstumsorientierten Ansatzes angenommen worden war. Die gewünschten Erfolge wurden nicht mehr primär als Resultat einer wachsenden Ökonomie gesehen und sollten demnach auch nicht mehr durch indirekte, sondern durch **direkte** Intervention der Industriestaaten bekämpft werden. Erst wenn die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt seien, so die neue Vorstellung, könne wirtschaftliches Wachstum einsetzen. Dementsprechend forderte beispielsweise das ILO eine aktivere Beteiligung von Gewerkschaften und Bauernorganisationen in den Entwicklungsländern. "Eine politische Partizipation der Armen" sei notwendig, um das Massenelend zu beseitigen (zitiert nach JUNGFER 1991, S. 21).

War der Grundgedanke dieser Strategie nachvollziehbar, zeigten sich in der Realität erneut Schwachstellen, die schon in den überaus heterogenen Definitionsversuchen des Grundbedürfnisbegriffes offensichtlich wurden. Bemerkenswert ist, daß zwar Einigkeit über das Scheitern dieses Ansatzes besteht, jedoch keineswegs in den Ursachen, die dazu führten. So argumentieren vor allem Dependenztheoretiker, die Grundbedürfnisstrategie sei von den Industriestaaten als Vorwand mißbraucht worden, die eigene Ökonomie ohne Rücksicht auf die Entwicklungsländer zu stärken. "Die Außenhandelspolitik der Industrieländer", so wird in dem Buch *Hilfe oder Ausbeutung*³² (1984, S. 248) beschrieben, "steht im starken Widerspruch zu den von ihnen proklamierten entwicklungspolitischen Zielen: Während die Industrieländer im Rahmen ihrer Entwicklungspolitik den Anspruch erheben, die sozialen Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern zu verbessern, … zielt ihre Handelspolitik darauf ab, die Bedingungen des Handelsaustausches … und somit die Grundlage für die Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen zu erhalten." Die

³² Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg (Hrsg.)

Verantwortung für das Scheitern sieht ALEXANDER (1992, S. 63) ebenfalls bei den Industriestaaten, die nach seiner Auffassung versäumten, den Entwicklungsländern beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen zu helfen. "Die Unternehmen fuhren kurzfristig gesehen weit besser damit, die armen Länder mit den Früchten der Sozialen Marktwirtschaft zu füttern, als damit, ihnen deren Wurzeln zu vermitteln. Und die Früchte der Marktwirtschaft", so ergänzt ALEXANDER (ebd.), "... konnten sie besser unter staatsmonopolistischen Strukturen abladen als unter marktwirtschaftlichen." SPRANGER (1997a), ehemaliger Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und neoliberale Entwicklungstheorien befürwortend, spricht dagegen rückblickend von einem "konzeptionellen Fehler, der in der Überbewertung des Staates lag". Die Verantwortung für Entwicklung sei ausschließlich dem Staat zugewiesen worden, was zur Folge hatte, daß der Bürger vorrangig als Objekt und nicht als aktiv Gestaltender angesehen wurde. Eigenverantwortung, so SPRANGER weiter, sei ein Fremdwort gewesen (ebd.). Dem stimmt JUNGFER (1991, S. 125) zu. Nicht ohne Ironie stellt er die rhetorische Frage, ob die ärmsten Länder der Welt wirklich den "vielzitierten wohlwollenden Diktator" bräuchten, der seinem "hungrigen, kranken und ungebildeten Volk" vorschreibt, hygienisch nicht einwandfreies Wasser abzukochen und bei Nichtbefolgung mit einer Gefängnisstrafe drohe.

Interessanterweise und trotzdem kaum überraschend widersprechen "einige Eliten der *Dritten Welt*" (JUNGFER 1991, S. 128) genau dem Argument, der Staat in den Entwicklungsländern sei zu einflußreich. Sie dagegen kritisierten an dem grundbedürfnisorientierten Entwicklungsansatz, sie selbst könnten nicht ausreichend über die Verwendung der Entwicklungshilfe mitentscheiden, die als Folge dessen eine "Einmischung" darstellen würde³³.

³³ JUNGFER (1994, S. 128) erklärt in diesem Zusammenhang zurecht, daß bei dieser Kritik der "Eliten" verkannt werde, daß es sich bei dem gesamten Prozeß der Entwicklungshilfe um eine "Einmischung" handele.

3. <u>Erstes Ergebnis</u>: Das Scheitern³⁴ traditioneller Entwicklungsstrategien als Auslöser der Diskussion über die generelle Zukunft von Entwicklungshilfe

Die Existenz dezidierter Kritiker traditioneller Entwicklungsstrategien ist heutzutage nicht mehr zu leugnen, zu offensichtlich und schwerwiegend stellten sich die negativen Auswirkungen für viele Entwicklungsländer dar. Über die Gründe des Versagens und die daraus abzuleitenden Konsequenzen wird jedoch bis in die Gegenwart kontrovers diskutiert.

HANCOCK (1989, S. 118) beispielsweise sieht das Scheitern der traditionellen Entwicklungshilfe in den zu unterschiedlichen Motiven der Industriestaaten begründet, "das Ingredienz des Schuldbewußtseins", so argumentiert er in dem Buch Händler der Armut, "verwandelte den Prozeß internationaler Hilfe zu einem brodelten Gemisch aus humanitärer Gesinnung, kommerziellem Eigennutz, strategischem Kalkül und schlechtem Gewissen - eine ideale Rezeptur für all die Widersprüche, Konfusionen und pathologischen Störungen, mit denen Entwicklungshilfe bis zum heutigen Tag behaftet ist". ALEXANDER (1992, S. 59) sieht die ungünstigen Rahmenbedingungen als weitere Ursache des Scheiterns der Entwicklungshilfe an. "Während der ersten zehn Jahre der Entwicklungshilfe, im Zeichen der Entkolonialisierung also", so ALEXANDER, "war in der öffentlichen Meinung des Westens so ziemlich alles richtig, was die jungen Eliten der zur Unabhängigkeit gelangten Staaten Afrikas dachten und unternahmen. Niemand konnte es wagen, ihnen gegenüber eine restriktive Haltung einzunehmen, ohne Gefahr zu laufen, als Kolonialist oder, schlimmer noch, als Rassist eingestuft zu werden."

Werden die Argumente von HANCOCK und ALEXANDER zusammengefaßt, beantwortet sich die Frage zumindest teilweise, warum traditionelle Entwicklungsansätze fehlschlugen und die Reputation der Entwicklungshilfe dadurch nahezu irreparable Schäden davontrug. Die Unsicherheit und - in vielen Fällen - auch die Halbherzigkeit der Entwicklungspolitik der Industriestaaten in Kombination mit den ungünstigen politischen Voraussetzungen in den Ent-

³⁴ Scheitern in dem Sinne, daß ein Überwinden von Massenarmut in den Entwicklungsländern nicht erreicht wurde. Ob ökonomische oder geostrategische Bestrebungen der Industriestaaten erfolgreich verwirklicht werden konnten, soll an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden.

wicklungsländern sind als wichtige Elemente für das Mißlingen anzusehen. Das endgültige Scheitern jedoch ist in der Widersprüchlichkeit des wachstumsund bedürfnisorientierten Entwicklungsansatzes zu finden. Wurde in der wachstumsorientierten Strategie noch eine zügige und einseitige Fokussierung auf die industrielle Entwicklung (in Verbindung mit einer starken Vernachlässigung des Primären Sektors) zugrunde gelegt - eine ohnehin riskante Entwicklung -, ignorierte der bedürfnisorientierte Ansatz die dadurch entstandenen Gegebenheiten in den Entwicklungsländern auf verhängnisvolle Art und Weise. Die offizielle Politik der Grundbedürfnisbefriedigung wurde als Vorwand genutzt, das "Abladen von Überschüssen [der Industriestaaten] in gesteigerter Form fortzusetzen" (ALEXANDER 1992, S. 63). Dies zeigte sich sowohl in "Geschenk- und Dumpinglieferungen an Grundnahrungsmitteln" (S. 70) als auch in Form vom Export einfach zu produzierender Waren wie Wellblech, sonstiger Baustoffe und Handarbeitsgeräte (S. 64). Daß das zwangsläufig zur Folge hatte, die über Jahre unterstützten Industrialisierungsbestrebungen der Entwicklungsländer ad absurdum zu führen, wurde bestenfalls ignoriert, mitunter jedoch auch bewußt in Kauf genommen. Die mühsam errichtete Industrie war aufgrund der niedrigen Produktpreise der Importe in vielen Fällen nicht mehr konkurrenzfähig und mußte sich verschulden oder ganz aufgegeben werden. Der entstandene Teufelskreis schließt sich, wenn nun die im Rahmen des wachstumsorientierten Ansatzes vernachlässigte Landwirtschaft berücksichtigt wird. Die zur Subsistenz fehlenden Nahrungsmittel konnten aufgrund nicht vorhandener Devisen - wenn überhaupt - nur dann importiert werden, wenn massive Neuverschuldungen in Kauf genommen wurden. Hungersnöte und Dependenz waren vorprogrammiert³⁵.

Daß Mitte der achtziger Jahre in Expertenkreisen eine große Verdrossenheit bezüglich der geleisteten Entwicklungshilfe mit einem zunehmend pessimistischen Blick in die Zukunft vorherrschte, ist besonders im Hinblick auf die

-

³⁵ Diese Phänomene traten im übrigen auch ein. Die Auslöser dieser Krisen waren zwar Dürren, daß die Auswirkungen derart verheerend waren, haben jedoch auch die Industriestaaten mit ihrer Entwicklungspolitik mitzuverantworten.

Hungersnöte in Afrika³⁶ verständlich³⁷. Fragen, inwieweit Entwicklungsstrategien erfolgreich sein können, wenn Kriege in Afrika, übrigens auch ermöglicht durch Waffenexporte der Industriestaaten, einen größeren Einfluß auf die Ernährungssituation haben als die initiierten Ernährungssicherungsprogramme, waren und sind berechtigt und verlangen nach einer intensiven Diskussion. Daß jedoch, wie Dependenztheoretiker häufig behaupten, die ehemaligen Kolonialmächte die alleinige Schuld an den Problemen und Konflikten in den Staaten der *Dritten Welt* tragen, ist schon dadurch zu entkräften, daß auch Länder wie Äthiopien oder Liberia, die niemals Kolonien waren, sich in keiner Weise von ihren ehemals kolonialisierten Nachbarstaaten positiv hervorgehoben haben. Bewaffnete Auseinandersetzungen sind dort ebenso zu beobachten wie ein fundamentaler Mangel ernsthafter Demokratisierungsbestrebungen.

Es muß in diesem Zusammenhang nachdrücklich betont werden, daß es bei aller berechtigten Kritik nie eine adäquate Alternative zur Entwicklungshilfe³⁸ gegeben hat. Wenn ERLER (1985, S. 8) in ihrem polemischen Buch *Tödliche Hilfe* fordert, diese vollständig einzustellen, da die "Entwicklungshilfe allen schadet, denen sie angeblich nützen soll", ist dies ebenso überzogen wie die daraus folgende Einschätzung, "ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in der *Dritten Welt* besser". Als Indikator für fehlgeleitete Entwicklungshilfe führt ERLER u.a. an, die Experten eines deutschen Projekts in Bangladesch seien bei Teilen der einheimischen Bevölkerung unbeliebt gewesen. Ihren Gruß beispielsweise habe kaum einer erwidert, und bei einigen "vermeinte ich Haß zu verspüren". Die ganze Situation "gemahnte mich an Kolonialzeiten" (S. 31). Ob aus solchen persönlichen Eindrücken ein generelles Scheitern der Grundidee³⁹ von Entwicklungshilfe abgeleitet werden kann, muß unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten bezweifelt werden. Selbst KÖHLER⁴⁰ betont in seinem ansonsten überaus kritischen Aufsatz *Die Krise in Afrika und ihre*

³⁶ Insbesondere sei hier auf die zweite große Saheldürre hingewiesen (1981-84).

³⁷ Hier sei nebenbei bemerkt, daß dieser Zeitraum maßgeblich von Dependenztheoretikern geprägt wurde, die vor allem eine Dissoziation der Ökonomien der Entwicklungsländer vom Weltmarkt forderten.

³⁸ vgl. hierzu die Ausführungen über die Notwendigkeit eines globalen Verantwortungsbewußtseins in der Entwicklungshilfe im folgenden Kapitel.

³⁹ In dem Sinne, Armut in Entwicklungsländern durch Hilfelestellungen zu lindern.

⁴⁰ in: TETZLAFF (1991, S. 41)

Rückwirkung auf die Entwicklungszusammenarbeit, "die Verdoppelung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in allen Entwicklungsländern in der Zeit von 1960 bis 1980 kann ... gar nicht hoch genug eingeschätzt werden". Auch das regelmäßig angeführte Argument, die Grüne Revolution sei ein Paradebeispiel für das Scheitern westlicher Entwicklungshilfe, ist keinesfalls zutreffend. Das Informationszentrum Dritte Welt, in seiner Argumentation den Dependenztheoretikern nahestehend, betont einseitig die negativen Auswirkungen. Die Grüne Revolution habe sich als typisches Konzept westlicher Agrarhilfe entpuppt. Sie beruhe auf den Technologien der Industriestaaten, trage den Gegebenheiten der Entwicklungsländer keinerlei Rechnung und diene westlichen Agrarkonzernen dazu, in den landwirtschaftlichen Sektor der Dritten Welt "einzudringen" (1984, S. 129). Daß in Indonesien beispielsweise durch die Anstrengungen der Grünen Revolution zwischen 1963 und 1995 landesweit der durchschnittliche Flächenertrag von 1,7t/ha auf 4,4t/ha gesteigert wurde und sich die jährliche Pro-Kopf-Produktion von 123kg auf 245kg nahezu verdoppelte (SCHOLZ 1998, S. 103), wird von vielen Kritikern ebenso übersehen wie die Tatsache, daß sich die Nahrungsmittelsituation für über eine Milliarde Menschen entscheidend verbesserte (S. 106). Obwohl SCHOLZ zurecht auch auf die negativen ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgewirkungen hinweist, betont er im Hinblick auf Asien, daß es ohne die Grüne Revolution "vermutlich in den siebziger und achtziger Jahren zu schlimmsten Hungerkatastrophen gekommen wäre" (S. 106). Von solchen Argumenten scheinen sich die Kritiker von Entwicklungshilfe jedoch kaum überzeugen zu lassen. Solange die Industriestaaten von der von ihnen geleisteten Unterstützung auch nur in irgendeiner Art und Weise selbst profitierten, sei es "verfehlt und töricht" (HANCOCK 1989, S. 241), da dies für die Armen in der Dritten Welt keine "wirksame Hilfe" darstellen würde (ebd.). "Entwicklungshilfe", so ergänzt HANCOCK, "sollte eben nicht eine Art versteckter Subventionierung von Arbeitsmarkt, Handel und Industrie der Geberländer sein." Die Theorien von JOSEPH A. SCHUMPETER⁴¹ und ADAM SMITH widersprechen dieser Auffassung zurecht. Beide definieren gerade den Unternehmer mit seinem

⁻

⁴¹ vgl. u.a.: SCHUMPETER, J. 1912: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung; Leipzig

Bestreben, Gewinne zu erwirtschaften als wichtiges Element ökonomischer Entwicklung. So betont SMITH explizit die Verträglichkeit von "Eigeninteresse" und "Gemeinwohl", "was für den Einzelnen nützlich sei, nütze letztlich allen" (zitiert nach: MOLS 1994, S. 251). Auf die Entwicklungspolitik übertragen muß der Begriff des "Unternehmers" oder des "Einzelnen" um den des "Staates" erweitert werden, der ja auch bestrebt ist, in irgendeiner Form von der geleisteten Entwicklungshilfe zu profitieren. Es wäre sicherlich übertrieben daraus zwangsläufig zu folgern, daß alles, was an Entwicklungshilfe geleistet wird, automatisch auch den Entwicklungsländern zugute kommt. Eines ist jedoch offensichtlich: Ein grundlegender Widerspruch zwischen dem Bestreben der Industriestaaten, von der geleisteten Hilfe selbst zu profitieren und dem Anspruch, Entwicklungsländer erfolgreich zu unterstützen, ist keinesfalls erkennbar. Dies sollte auch zukünftigen Diskussionen über Entwicklungspolitik zugrunde gelegt werden.

Zunächst muß konstatiert werden, daß die traditionellen Entwicklungsstrategien ihrem Anspruch, die Massenarmut in den Entwicklungsländern vollständig zu beseitigen, nicht gerecht geworden sind. Diese Tatsache darf allerdings nicht dazu verleiten, die wenigen positiven Aspekte, wie die Auswirkungen der *Grünen Revolution* oder einiger erfolgreicher Projektaktivitäten auf regionaler Ebene, zu übersehen. Es mußte bei der definitiv notwendigen Diskussion über die Zukunft der Entwicklungshilfe in den achtziger Jahren darum gehen, wie die Unterstützung für die ärmsten Staaten verbessert werden kann. Die "wachsende Enttäuschung und Desillusionierung gegenüber den in Hochglanzdruck publizierten deutschen Entwicklungshilfeleistungen" ergab, so DANCK-WORTT⁴², "die Chance des Umdenkens". Der radikale Anspruch, entweder "perfekte" Entwicklungshilfe zu leisten oder vollständig von ihr Abstand zu nehmen, muß aus heutiger Sicht als unverhältnismäßig und übertrieben gewertet werden.

Rückblickend werden gravierende Fehler in der Entwicklungspolitik deutlich, aus denen es zu lernen gilt. Während die wachstumsorientierten Modernisierungsansätze sich nahezu vollständig auf die internen Defizite in den Entwick-

⁴² in: GLAGOW (1990, S. 17)

lungsländern konzentrierten und dabei sämtliche externe Faktoren vernachlässigten, unterlagen die Abkoppelungsansätze der Dependenztheoretiker einer genau gegenteiligen - aber ebenso einseitigen - Auffassung, daß ausschließlich die negativen externen Einflüsse für die zu beobachtende Unterentwicklung verantwortlich seien.

Erfolgreich kann Entwicklungshilfe nur dann sein, wenn sie gleichermaßen die internen (z.B. Demokratisierung und Modernisierung) und externen Komponenten (z.B. faire Einbindung in den Welthandel und gleichberechtigte Beteiligung in supranationalen Organisationen) berücksichtigt, die für eine erfolgreiche Entwicklung eine wichtige Rolle spielen. Eine solche Strategie muß im Einklang mit einer übergeordneten Philosophie stehen, die erkennt, daß der Nutzen für die Geberländer nicht ausschließlich im moralischen, geostrategischen und vor allem ökonomischen Interesse liegt. In der Periode der Globalisierung, in der die geographische Entfernung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ebenso an Bedeutung verliert wie die Grenzen zwischen den Ländern selbst, muß in den Industriestaaten akzeptiert werden, daß Gerechtigkeit, Umweltschutz und das Beseitigen von Massenarmut in den Entwicklungsländern unabdingbare Voraussetzungen dafür sind, auch selbst in der Zukunft in Frieden und Sicherheit leben zu können. Die Industriestaaten müssen sich deshalb auch aus gesteigertem Eigeninteresse der globalen Verantwortung stellen. Diese Erkenntnis ist mittlerweile zu beobachten und wird in den folgenden Kapiteln thematisiert werden.

4. Der Wandel von Motiven in der aktuellen Diskussion: Globales Verantwortungsbewußtsein als neuer Schwerpunkt

"Der reiche Norden kann sich keine Hoffnung machen, als Insel von Wohlstand und Frieden in einem Meer menschlicher Entbehrung, zerstörter Ökosysteme und kriegerischer Gewalt zu überleben."⁴³

-

⁴³ Deutsche Welthungerhilfe, Terre des Hommes (1999, S. 7)

Dieses Zitat beschreibt die neue Vision einer für die westlichen Industriestaaten erfolgreichen Entwicklungshilfe sehr treffend und erklärt, weshalb in den letzten Jahren ein Wandel in der internationalen Entwicklungspolitik stattgefunden hat. Die anderen über Jahrzehnte gültigen Motive zur Rechtfertigung von Entwicklungshilfe werden in der Periode der Globalisierung zunehmend in den Hintergrund gerückt, Forderungen nach einer "neuen Ethik des menschlichen Überlebens" (HAUFF 1987, S. XVII) werden deutlicher. ENGELHARD (2000, S. 3ff.) erklärt, eine Teilung der Erde in Erste, Zweite und Dritte Welt könne in der heutigen Zeit nicht länger aufrecht erhalten werden. Stattdessen sei der Begriff "One World" eher angebracht, da es im heutigen Zeitalter Probleme gebe, die auf globaler Ebene nur gemeinsam gelöst werden können. Seit dem Regierungswechsel auf Bundesebene in Deutschland im Jahre 1998 wird diese Entwicklung auch im Rahmen staatlicher Entwicklungshilfe verstärkt berücksichtigt. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, WIECZOREK-ZEUL (1999a), formuliert diese Erkenntnis folgendermaßen:

"Das traditionelle Selbstverständnis von Entwicklungspolitik war die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Partnerländern. Unser neues Verständnis liegt darin begründet, daß Entwicklungspolitik ein Politikfeld ist, das im Rahmen der internationalen Beziehungen, also auch der Außen- und Sicherheitspolitik, zur globalen Sicherheit beiträgt."

Daß eine solche Politik durchaus auch im Interesse des ökonomischen Maximierungsprinzips von Staat und Wirtschaftsunternehmen liege, betont WIEC-ZOREK-ZEUL (1999a) ebenso:

"Die Folgekosten etwa der Umweltzerstörungen, der Klimaerwärmung oder der Flüchtlingsbewegungen sind ungleich höher als eine präventiv-vorausschauende Politik, die entsprechende Investitionen leisten muß"

Dieser neue entwicklungspolitische Ansatz wird unter der Bezeichnung *Globale Strukturpolitik* zusammengefaßt. MEYER-EWERT (1999) definiert den Begriff dahingehend, zunächst habe eine Strukturpolitik die Aufgabe, "die gesamtwirtschaftlichen Prozesse eines Wirtschaftssystems durch das Setzen und Beeinflussen makropolitischer bzw. makroökonomischer Rahmenbedingungen zu steuern." Es handele sich bei einer *Globalen Strukturpolitik* also um eine "politisch diktierte Solidargemeinschaft", die auf globaler Ebene das ehrgeizige Ziel verfolge, die weltweiten Wirtschaftsstrukturen so zu beeinflussen, daß die ärmeren Teilnehmer zunächst noch nicht weiter gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Führungsmächten zurückfallen sollten, um sie dann langfristig vollständig integrieren zu können.

WIECZOREK-ZEUL (1999b, S. 20ff.) ergänzt diese Definition um die Wichtigkeit des Zusammenwirkens von wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Strukturen. Nachhaltige Entwicklungspolitik müsse aufgrund der Unterschiede der einzelnen Entwicklungsländer "maßgeschneidert" sein.

Kritiker wie WAHL (1999) von der *Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung* werfen der *Globalen Strukturpolitik* vor, ihr fehle ein gesellschaftstheoretisches Fundament. Deshalb sei dieser Ansatz eine Utopie, eine Wunschvorstellung "neokorporatistischer Zusammenarbeit" auf internationaler Ebene. Dieser Vorwurf wird von NUSCHELER (1999) zurückgewiesen. Es gehe nicht darum, den Kapitalismus oder die Globalisierung ein weiteres Mal zu analysieren, sondern darum, sie zu bändigen. Obwohl er der existierenden Weltordnung kritisch gegenüberstehe, solle man auf den Kooperationswillen der Akteure setzen, die von der jetzigen Ordnung profitierten. Die internationale Kampagne für eine Reform der Schuldeninitiative für die ärmsten Länder von Nichtregierungsorganisationen initiiert, von den Regierungen der Industrieländer angenommen und schließlich auch von IWF und Weltbank akzeptiert sei, so NUSCHELER, ein gutes Beispiel für *Globale Strukturpolitik* in der Praxis und ein Hinweis darauf, daß das Konzept keineswegs utopisch sei⁴⁴.

⁴⁴ NUSCHELER verkennt in diesem Zusammenhang die entscheidenden Interessen der Industriestaaten zumindest teilweise. Der Schuldenerlaß kann nicht nur als eine Initiative gewertet werden, die aus globalem Verantwortungsbewußtsein resultiert, sondern liegt zumindest eben-

5. Der Wandel von Strategien in der aktuellen Diskussion: Marktkonforme Grundbefürfnisstrategien mit dem Ziel nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development)

Mitte der achtziger Jahre reifte die Erkenntnis, auch der Entwicklungsansatz zur reinen Grundbedürfnisbefriedigung könne isoliert nicht erfolgreich sein. Ökonomisches Wachstum, so wurde argumentiert, sei unerläßlich zur Befriedigung der Bedürfnisse einer wachsenden Anzahl von Menschen. Damit gewannen Teile der Strategien der fünfziger und sechziger Jahre wieder an Bedeutung. So betont HAUFF⁴⁵ (1987, S. XVI), es gebe für die Staaten der Sahelzone im Rahmen des *Sustainable Development* nur eine Chance zur Entwicklung, die gleichermaßen ökonomisch und ökologisch attraktiv sei: "Weg von den Rohmaterialien und hin zur Fertigung" ⁴⁶.

Neben einem erneuten Forcieren des ökonomischen Wachstums in den Entwicklungsländern rückt nun jedoch die Forderung nach einer "dauerhaften Entwicklung" ins Zentrum der Entwicklungsstrategien, die, so HAUFF (1987, S. XV),

"... den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen".

Als Grundlage dieser Geisteshaltung ist der *Bericht für Umwelt und Entwicklung* der *Brundtland-Kommission*⁴⁷ zu werten, der erstmals die Notwendigkeit

so in der Einsicht begründet, daß die Entwicklungsländer auch auf langfristige Sicht nicht in der Lage gewesen wären, ihre Schulden und die damit verbundenen Zinsen zu tilgen. Trotz dieser Überlegung sollte die Initiative des Schuldenerlasses als ein "Schritt in die richtige Richtung" gewertet werden.

⁴⁵ HAUFF war Mitglied der *Brundtland-Kommission* und Herausgeber des *Brundtland-Berichtes* (Unsere gemeinsame Zukunft) von 1987.

⁴⁶ HAUFF erklärt nachvollziehbar, weshalb er Unterentwicklung bzw. deren Ursache (hier: einen Mangel an Industrialisierung) als Gefährdung für die Umwelt ansieht (vgl. hierzu auch den weiteren Verlauf dieses Kapitels). Die Tatsache, daß eine zunehmende Industrialisierung ebenso schlimme oder, wie am Beispiel der Industriestaaten zu sehen ist, noch fatalere Auswirkungen für die Umwelt haben kann, ignoriert er.

⁴⁷ Auch als *Brundtland-Bericht* bezeichnet. Benannt nach der ehemaligen Ministerpräsidentin von Norwegen und Vorsitzenden der Kommission, *Gro Harlem Brundtland*. Die Mitglieder der Kommission kamen aus 22 Ländern mit unterschiedlichsten politischen Systemen und

eines veränderten und globalen Bewußtseins betonte, was im Jahre 1992 auch von der in *Rio de Janeiro* stattfindenden *Konferenz für Umwelt und Entwicklung* als neue Grundlage definiert wurde. Im Rahmen dieses Bewußtseins sollten ökologische, ökonomische und soziale Zielsetzungen gleichgewichtig sein⁴⁸.

Die bisherige Entwicklungspolitik der Industriestaaten legte lediglich Wert auf eine kurzfristige Verbesserung der Situation in den Entwicklungsländern, was gemäß des Brundtland-Berichtes verheerende Folgen nach sich zog. Als beispielsweise Teile Äthiopiens Anfang der siebziger Jahre von Dürre- und Hungerkatastrophen heimgesucht wurden, resultierte dies vor allem aus der Übernutzung von Böden in den äthiopischen Hochländern. Die aus der "schlechten Landnutzung" (HAUFF 1987, S. 287) sich ergebende Bodenerosion sei hauptverantwortlich für die Dürre gewesen. Da dieses Beispiel stellvertretend für viele andere stehe, müsse im Rahmen der dauerhaften und nachhaltigen Entwicklung vor allem ein bisher vernachlässigter Aspekt berücksichtigt werden: Der Umweltschutz. Es herrsche zwar Einigkeit darüber, daß alle globalen Umweltprobleme anthropogenen Ursprungs sind (BARTHOLOMÄI 1997, S. 320), besonders wichtig für zukünftige Entwicklungsstrategien sei aber die Erkenntnis, Umweltverschmutzung resultiere nicht ausschließlich aus schnellem wirtschaftlichen Wachstum, sondern vor allem auch aus Armut, "verordneter Sparsamkeit" und "sinkendem Lebensstandard" (HAUFF 1987, S. 73). Ein Wald werde beispielsweise auch deshalb durch übermäßige Rodung zerstört, da die dort lebenden Menschen keine Alternativen hätten und die Industrie sich unannehmbare Luft- und Wasserverschmutzung leisten könne, weil die betroffenen Menschen arm und damit unfähig seien, sich wirkungsvoll zu wehren (S. 50). Diese Erkenntnisse implizieren die unmißverständliche Notwendigkeit von nachhaltiger Entwicklungshilfe. SCHOLZ (1998, S. 122) stimmt dieser Einschätzung zu, gibt aber zu bedenken, daß sämtliche ökologisch sinnvollen Projekte in den Entwicklungsländern scheiterten, wenn diese nicht auch gleichzeitig aus sozialökonomischer Sicht für die lokale Bevölkerung profitabel seien.

kulturellen und religiösen Anschauungen und versuchten gemeinsam neue Leitlinien der Entwicklungspolitik zu definieren.

⁴⁸ vgl.: Deutscher Bundestag (1997, S. 22ff.)

Neben den bisher aufgeführten Elementen, die einer nachhaltigen Entwicklung zugrunde liegen, wird von EISSEL die Wichtigkeit einer weiteren Komponente betont, die als unbedingte Voraussetzung für eine effektive Entwicklung angesehen werden müsse: **Das Etablieren demokratischer Strukturen.** Dies sei deshalb erforderlich, da es die Basis gleichermaßen für wirtschaftliches Wachstum als auch für Umweltschutz darstelle.

"Where ecological movements and interests are oppressed, where the political class and/or dictators tyrannise activists, torture and in some cases even kill them, we find nature in an endangered situation. Because of this evidence we need the basis of a democratic society ... developing sustainable development."

(EISSEL 1996, S. 9)

Auf den hohen Stellenwert dieses Sachverhaltes wies KAISER (1988, S. 260) schon Ende der achtziger Jahre hin. Da die typische Regierungsform in den Entwicklungsländern eine Diktatur oder eine Militärjunta sei, werde die Armut und das Leid der Bevölkerung von diesen Regierungen als Argument mißbraucht, mehr Entwicklungshilfe zu erhalten. Der schwedische Nobelpreisträger GUNNAR MYRDAL vertrete sogar die Auffassung, die Unterstützung der Regierungen in der Dritten Welt könnte nicht mehr zur Beseitigung der Armut beitragen als "dies Zahlungen an die Mafia für die Bauern in Sizilien vermöchten" (ebd.). Diese mittlerweile verbreitete Einschätzung hat zur Folge, daß in der aktuellen Diskussion in zunehmendem Maße angezweifelt wird, daß Regierungen vieler Entwicklungsländer in der Lage oder willens sind, Entwicklungshilfegelder sinnvoll einzusetzen. Deshalb könne es in Zukunft nicht mehr darum gehen, die Regierungen der Entwicklungsländer mit finanziellen Mitteln zu unterstützen, sondern stattdessen darum, mit den betroffenen Menschen selbst in Form einer gleichgewichtigen Entwicklungszusammenarbeit zu kooperieren.

Um diese Strategie erfolgreich praktizieren zu können, sollten zum einen Dezentralisierungsprozesse in den Entwicklungsländern mit dem Ziel unterstützt

werden, eine möglichst unbürokratische und damit produktive und direkte Zusammenarbeit mit den Zielgruppen zu gewährleisten, zum anderen müsse in Zukunft besonderer Wert darauf gelegt werden, das Prinzip des *Good Governance* multilateral zu verankern⁴⁹: Gute Regierungsführung und die Achtung der Menschenrechte in den Partnerländern seien eine entscheidende Richtschnur in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Länder, die "aufrüsten, Kriege beginnen oder ihre Bevölkerung nicht vor Gewalt schützen"⁵⁰, müßten mit einer Überprüfung und gegebenenfalls mit einer Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit rechnen⁵¹. WIECZOREK-ZEUL (1999c) konkretisiert diesen Leitsatz am Beispiel Indiens und Pakistans: Die Bundesregierung sei nicht bereit, mit Staaten über Entwicklungszusammenarbeit zu verhandeln, die offensichtlich über genügend Finanzen verfügten, um Atomwaffen zu testen und sich dabei über alle internationalen Abmachungen hinwegsetzten. Auch "mit Diktaturen, die die Menschenrechte mit Füßen treten, wird es in Zukunft keine Zusammenarbeit geben."

6. <u>Zweites Ergebnis</u>: *Globale Strukturpolitik* - Trotz Widersprüche ein erster Schritt in eine gerechtere Zukunft

"Sie [die Entwicklungshilfe] ist begründet in der ethischhumanitären Verantwortung für das Schicksal anderer Menschen, liegt aber, indem sie dazu beiträgt, globale Risiken wie Armut, Umweltzerstörung, Flucht und Wanderungsbewegungen einzudämmen und eine friedliche Entwicklung zu fördern, auch im wohlverstandenen Eigeninteresse Deutschlands." (SPRANGER 1997b, S. 3)

⁴⁹ BMZ (2000, S. 34); vgl. auch: FUSTER, T. (1998): Die Good Governance Diskussion der Jahre 1989 bis 1994; Stuttgart

⁵⁰ BMZ (2000, S. 34);

⁵¹ Etwas paradox erscheint die Formulierung, auch die Staaten hätten mit Konsequenzen zu rechnen, die ihre Bevölkerung nicht vor Gewalt schützen würden. Die kritische Frage, inwieweit Regierungen der Industriestaaten wie Deutschland oder die USA in der Lage sind, diese Forderung umzusetzen (z.B. bezüglich der existierenden Gewalt gegenüber Minderheiten), ist berechtigt.

Gemäß dieser Definition verfolgt die aktuelle Entwicklungspolitik vor allem das Ziel, "globale Risiken" zu mindern. Die Frage, die sich im Hinblick darauf stellt, ist zunächst folgende: Zu welchem Grad tragen die Industriestaaten in ihren Ländern selbst dazu bei, eine nachhaltige globale Entwicklung zu gewährleisten?

Die Antwort ist ernüchternd. Das *Statistische Bundesamt* (1999)⁵² stellt in einer Übersicht einen Vergleich an, wie sich umweltschädigende Faktoren zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufteilen. Als Beispiel sollen hier die Bundesrepublik Deutschland und die Philippinen angeführt werden. Demnach belasten 1000 Menschen in Deutschland die Umwelt jährlich mit 450kg FCKW (Philippinen: 16kg), mit 443 Autos (Philippinen: 6 Autos), mit einem Zementverbrauch von 413t (Philippinen: 56t) und mit einem Stahlverbrauch von 655t (Philippinen: 5t).

Wird diese ungleiche Verteilung zugrunde gelegt, erscheinen Forderungen der Industriestaaten unangemessen, die Entwicklungsländer müßten im globalen Interesse zu einem entschiedeneren Umweltschutz beitragen. Beispielhaft bezieht sich diese Einschätzung auf die mit auffälliger Regelmäßigkeit artikulierte Forderung, die Methode der Brandrodung im Wanderfeldbau (*Shifting Cultivation*) müsse eingestellt werden. Sie sei für eine hohe Luftverschmutzung verantwortlich, die den Treibhauseffekt beschleunige. In der vom *BMZ* veröffentlichten Broschüre *Herausforderung für die Eine Welt* wird dies recht vorsichtig so formuliert:

"Die Brandrodung des Regenwaldes dient zur Gewinnung von Ackerland. Denn ein Stück Boden bedeutet Nahrung. Die Vernichtung von Regenwald ändert jedoch das Klima, nicht nur in der Region, sondern weltweit."

Diese Aussage ist unbestritten richtig, und die Problematik von Umweltverschmutzung in den Entwicklungsländern sollte in keiner Weise unterschätzt werden. Im Vergleich zu den Emissionswerten von Autos, Industrieanlagen

-

⁵² zitiert nach ENGELHARD (2000, S. 42)

und privaten Haushalten in den Industriestaaten erscheint eine einseitige Forderung jedoch völlig unangemessen - vor allem auch deshalb, weil im oben genannten Beispiel der Anteil von Wanderfeldbauern an der Gesamtbevölkerung in den Feuchten Tropen bei höchstens 5-10% liegt (SCHOLZ 1998, S. 91) und sich schon seit Jahren stark rückläufig entwickelt. Gemäß SACHS⁵³ drückt diese Art der Argumentation den Versuch aus, von der Verantwortung der Industriestaaten abzulenken. Es sei das strategische Ziel der Wettkampfperspektive, die Veränderungslasten des Nordens zu minimieren und möglichst viele Anpassungsleistungen vom Süden zu erwarten. So bewertet FLASBARTH (2000), Präsident der Umweltschutzorganisation Nabu, den von den Vereinigten Staaten im Rahmen des Klimagipfels in *Den Haag*⁵⁴ vorgeschlagenen Kompromiß zur Verminderung von Treibgasen als "Buchhaltertrick", da eine Umsetzung den USA erlauben würde, mehr schädliche Gase auszustoßen als zuvor. Ein Land, das für ein Viertel des gesamten Problems weltweit alleine verantwortlich sei, solle sich, so FLASBARTH, nicht für "eine Hand voll Dollar" aus der Verantwortung freikaufen können und gleichzeitig fordern, die Entwicklungsländer müßten von Anfang an in die Reduktionsanstrengungen mit eingebunden werden.

Wird ein ehrliches und konsequentes globales Verantwortungsbewußtsein der Industriestaaten vorausgesetzt, müssen diese zunächst mit gutem Beispiel vorangehen. Die französische Umweltministerin VOYNET (2000) betont daher zurecht die Verantwortung der Industriestaaten. In Abgrenzung zur amerikanischen Umweltpolitik seien die europäischen Staaten bestrebt, Möglichkeiten zu diskutieren, ihre Verpflichtungen einzuhalten und nicht solche, sie zu umgehen. Auch die Deutsche Welthungerhilfe weist folgerichtig im Siebten Bericht 1998/99 auf die Notwendigkeit einer Vorbildfunktion der Industriestaaten hin:

> "Wenn Globale Strukturpolitik nach dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung ernst genommen wird, ergibt sich die Notwendigkeit von Veränderungen in der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft."

⁵³ in: BRAND, K.W. (1997, S. 103)

Obwohl Verbesserungen auch im Bereich der Prävention von Umweltverschmutzung in den westlichen Industriestaaten stattfinden, ist die dennoch kritische Frage gerechtfertigt, ob diese ausreichen. Oft scheint der kurzfristige wirtschaftliche Profit nach wie vor im Verhältnis wichtiger zu sein⁵⁵.

Ebenfalls am Beispiel der Umweltverschmutzung soll ein weiterer Schwachpunkt der Globalen Strukturpolitik verdeutlicht werden. Wenn es Ziel dieser Strategie ist, den Lebensstandard in den Entwicklungsländern anzuheben, um Probleme lokaler und globaler Struktur zu beseitigen, so wird dies bei Gelingen nur einen Teil der Realität widerspiegeln. Durch die gelösten Probleme werden neue entstehen. Entgegen der Einschätzung von HAUFF, die Umwelt würde durch ökonomisches Wachstum in den Entwicklungsländern nicht stärker belastet, muß davon ausgegangen werden, daß gerade die ambitionierten Industrialisierungsversuche einiger Entwicklungsländer eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Umwelt darstellen. PAULUS⁵⁶ verdeutlicht diese Auffassung am Beispiel Indiens. Der wirtschaftliche Strukturwandel sei dort äußerst energie- und ressourcenintensiv gewesen. Die Wachstumsraten im Energieverbrauch hätten zwischen 1965 und 1987 über denen des Bruttosozialproduktes gelegen. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung sehe er die "Umweltpolitik vor große Probleme gestellt". Es kann im Rahmen der Globalen Strukturpolitik unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes demnach kaum darum gehen, eine zügige Industrialisierung in den Entwicklungsländern zu forcieren, die einer nachhaltigen Entwicklung entgegenwirken würde - zumindest nicht, ohne gleichzeitig die in den Industriestaaten entstehende Umweltbelastung massiv zu reduzieren⁵⁷.

⁻

⁵⁴ im November 2000

⁵⁵ Als Beispiel dafür ist auf die Klimakonferenz von Kyoto im Jahre 1997 zu verweisen. Der Politikwissenschaftler MOHSSEN MASSARRAT sieht in den getroffenen Vereinbarungen viele "Schlupflöcher", die nichts weiter als Versuche seien, die Umgehung ernsthafter Reduktionsschritte rechtlich abzusichern. Der Politikwissenschaftler FRIEDEMANN MÜLLER betont im Hinblick auf das Abschlußprotokoll dieser Konferenz, es sei schlampig ausgehandelt und führe daher zu "grotesken Fehlentwicklungen". In: Der Spiegel, Nr. 47 2000, S. 90f.

⁵⁶ in: HEIN (1995, S. 213f.)

⁵⁷ Ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma wird im Kapitel "Ausblick" im Teil IV der Studie diskutiert.

Aufgrund dieser konzeptionellen Schwächen der Globalen Strukturpolitik stellt sich die Frage, inwieweit es nicht auch Ziel der Strategie ist, nach dem Scheitern traditioneller Ansätze eine neue Legitimationsgrundlage für Entwicklungshilfe zu etablieren. In den durch die Theorien des Neoliberalismus beeinflußten Wirtschaftssystemen⁵⁸ westlicher Industriestaaten werden neuerdings zunehmend sozialstaatliche Komponenten beschnitten - die moralische Verantwortung gegenüber Benachteiligten scheint insbesondere auch im nationalen Rahmen dem globalen Wettbewerb der Profitmaximierung weichen zu müssen. Es ist offensichtlich, daß eine moralisch begründete internationale Hilfe⁵⁹ großen Teilen der eigenen Bevölkerung nur schwer plausibel gemacht werden kann, wenn deren eigene Position sich zunehmend verschlechtert. Als Folge dessen werden neue Erklärungsansätze gefordert. Und was ist in diesem Zusammenhang besser geeignet als ständig zu betonen, daß Entwicklungszusammenarbeit im "wohlverstandenen Eigeninteresse" des Industriestaates liegt. Umweltverschmutzung orientiert sich in der Tat nicht an Landesgrenzen, und die Auswirkungen treffen Wohlhabende und Arme gleichermaßen.

Der Erfolg der Globalen Strukturpolitik wird maßgeblich davon abhängen, ob es Industrie- und Entwicklungsländern gemeinsam gelingt, die Idee des Sustainable Development zu realisieren. Als entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der internationalen Entwicklungszusammenarbeit muß eine Einsicht zugrunde gelegt werden, die in der Globalen Strukturpolitik nicht nur eine willkommene Möglichkeit sieht, Entwicklungshilfe ihren Kritikern gegenüber neu zu legitimieren, sondern sie als Chance und Herausforderung definiert, globale Probleme gemeinsam zu lösen. Daß dafür ein radikales Umdenken und der Wille zur materiellen Umverteilung unumgänglich ist, muß vor allem auch in den Industriestaaten akzeptiert werden. Die Komponenten Entwicklung und Wirtschaftswachstum auf der einen und ökologische und soziale Verträglichkeit auf der anderen Seite kompatibel zu gestalten, stellt für Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen eine ambitionierte Herausforderung dar.

 $^{^{58}}$ vgl. zu den neoliberalen Entwicklungen auch: BOURDIEU, P (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion; Konstanz

⁵⁹ Hier gibt es allerdings eine wichtige Ausnahme: Bei lokal und zeitlich begrenzten Katastrophen (Vulkanausbrüche, Erdbeben etc.) ist nach wie vor eine extrem hohe Unterstützungsbereitschaft durch die Bewohner von Industriestaaten festzustellen.

Erst wenn die Umweltqualität zu einer integrierten Wirtschaftsgröße werde, so präzisiert BARTHOLOMÄI (1997, S. 321) diese Zielsetzung, wenn ihr Erhalt somit wirtschaftlich lohnend werde, könne ein "effektiverer Qualitätsschutz" erreicht werden. Die Schwierigkeit, die große Teile der Wirtschaft gegenwärtig mit dieser Erkenntnis haben, betont KNECHT⁶⁰, Vizedirektor des *Schweizerischen Bankenvereins*, in einem Interview unmißverständlich: "Die Industrie hat ein fundamentales Problem mit Nachhaltigkeit." Sie sei, so ergänzt er, nach wie vor bestrebt, "immer neue Produkte auf den Markt zu werfen", statt Produkte mit einer möglichst langen Lebensdauer zu entwickeln.

Es wird sich zeigen müssen, ob der vielzitierte "One World" Begriff nur ein gedankliches Gebilde ist, oder ob die Idee, die er trotz aller Widersprüche⁶¹ verkörpert, Grundlage für eine gesicherte Zukunft sein kann - eine gesicherte Zukunft nicht nur für die Industriestaaten, sondern auch für die heutigen Entwicklungsländer.

Bei allen existierenden Problemen und Schwierigkeiten gibt es dennoch Anlaß zum Optimismus. "Man kann ein System, das jahrzehntelang betrieben wurde, nicht von einem Tag auf den anderen über den Haufen werfen", erklärt ZEHNDER⁶², und KNECHT⁶³ ergänzt zurecht, man sei mittlerweile zumindest an einem Punkt angelangt, an dem die Einsicht wachse, daß ein Paradigmawechsel notwendig sei.

Inwieweit dieser Paradigmawechsel auch in der entwicklungspolitischen Praxis zu beobachten ist, wird im folgenden an einem deutsch-philippinischen Regionalprojekt untersucht werden.

⁶⁰ in: NINCK, M. (1997, S. 86)

⁶¹ ENGELHARD (2000, S. 5) weist zurecht darauf hin, daß aus europäischer Sicht andere Erwartungen an die "One World" geknüpft sind als aus lateinamerikanischer oder afrikanischer.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche gemeinsame Zukunft von Industrie- und Entwicklungsländern wird sein, diese Erwartungen anzugleichen.

⁶² in: NINCK, M. (1997, S. 108)

⁶³ ebd. (S. 86)

<u>Teil II: Impact Assessment zur Evaluierung der BDP-</u> Projektaktivitäten auf der Bondoc-Halbinsel, Philippinen

1. Regionalspezifische Hintergrundinformationen

1.1 Naturräumliche Einordnung des Projektgebietes

Die Lage der Bondoc-Halbinsel entspricht etwa 13° nördlicher Breite und 123° östlicher Länge. Sie befindet sich im Übergangsbereich von den dauerfeuchten zu den wechselfeuchten Tropen mit hohen Jahresniederschlägen (durchschnittlich: 3500mm/Jahr). Die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt etwa 27°C.

Die Topographie der Bondoc-Halbinsel zeichnet sich hauptsächlich durch ein sehr hügeliges Erscheinungsbild aus. Die maximalen Erhebungen reichen bis 444m über N.N. In den Küstenregionen finden sich Niederungen, die teilweise in Sümpfe übergehen. Ähnlich wie in vielen anderen Regionen der Philippinen ist die Degradation der Primärvegetation, dem tropischen Regenwald, auch auf der Bondoc-Halbinsel weit fortgeschritten.

Unter anthropogenen Gesichtspunkten muß besonders hervorgehoben werden, daß die Bondoc-Halbinsel in einem Taifungürtel liegt. Durchschnittlich alle fünf Jahre ist die Halbinsel einem Taifun ausgesetzt, der verheerende Verwüstungen verursacht.

Die im allgemeinen für die landwirtschaftliche Produktion als "sehr gut" (KOHLMEYER 1989, S. 46) bewerteten geomorphologischen Rahmenbedingungen werden durch die nährstoffarmen und sehr erosionsanfälligen Böden relativiert. Etwa die Hälfte der Gesamtfläche wird landwirtschaftlich genutzt, hauptsächlich als Anbaugebiet von Kokospalmen.

1.2 Demographische Daten und administrative Eingliederung des Projektgebietes

Die Bondoc-Halbinsel stellt den südöstlichen Teil der philippinischen *Quezon-Province* dar (etwa 200km südlich der Hauptstadt Manila) und umfaßt eine

Fläche von 3519 qkm⁶⁴. Verwaltungstechnisch unterteilt sich die Bondoc-Halbinsel in zwölf *Municipalities*⁶⁵, in denen sich zusammen 324 *Barangays*⁶⁶ befinden. Jede *Municipality* weist als urbanes Zentrum die sog. *Poblacion* auf, die als "Hauptortschaft" definiert werden kann. Rund 15% der Menschen der Bondoc-Halbinsel leben in diesen Zentren. Die Gesamteinwohnerzahl liegt bei etwa 420.000, wobei sich ein starkes Nord-Süd-Gefälle bemerkbar macht. In den besser erschlossenen Gebieten im nördlichen Teil der Halbinsel ist die Bevölkerungsdichte fast doppelt so hoch wie in den südlichen. Die *Poblacion Catanauan*, Hauptsitz des BDP-Projektes, stellt mit 9.000 Einwohnern das Zentrum in der südlichen Hälfte der Bondoc-Halbinsel dar.

Über 80% der Einwohner der Bondoc-Halbinsel sind in der Landwirtschaft als Bauern oder Fischer tätig. Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt zwischen 120 und 150 US\$ und damit unter dem landesweiten Durchschnitt (KOHLMEYER 1989; BDP 2000).

Von großer Bedeutung für die Menschen der Bondoc-Halbinsel gilt die Tatsache, daß die Besiedlung dieses Gebietes im Vergleich zu anderen Regionen der Philippinen noch nicht lange zurückliegt. Als Resultat dessen und in Verbindung mit der vom Staat kaum koordinierten und damit sehr spontanen Besiedlung haben sich bezüglich der Kleinbauern noch keine konkreten und im juristischen Sinne verbindlichen Besitzverhältnisse herausbilden können. Als Konsequenz dessen könne gemäß SCHOLZ (2000) in dieser Region ein außergewöhnliches soziales Spannungsfeld beobachtet werden. In der *Municipality Buenavista* kam es in den letzten Jahren regelmäßig zu - teilweise auch bewaffneten - Auseinandersetzungen zwischen Großgrundbesitzern⁶⁷ und vom Militär unterstützten Kleinbauern, die diese Gebiete besiedelt hatten, um eine Überlebensgrundlage schaffen zu können. Die Beschleunigung einer erfolgrei-

64 vgl. Abb.1, S. 40

⁶⁵ in etwa vergleichbar mit "Landkreisen" in Deutschland

⁶⁶ Ortschaften

⁶⁷ Die augenblicklich existierende Landbesitzverteilung kann als sehr unausgewogen charakterisiert werden. Wenige Großgrundbesitzer beanspruchen einen Großteil der Fläche, die sie teilweise durch bewaffnete Einheiten zu schützen versuchen. Ursachen für die ungleiche Verteilung von Land liegen in der spanischen Kolonialzeit, in der ein stark feudal geprägtes System etabliert wurde.

chen Implementierung der von der philippinischen Regierung initiierten agrarischen Reformvorhaben stellt einen Zielbereich der BDP-Projektaktivitäten dar.

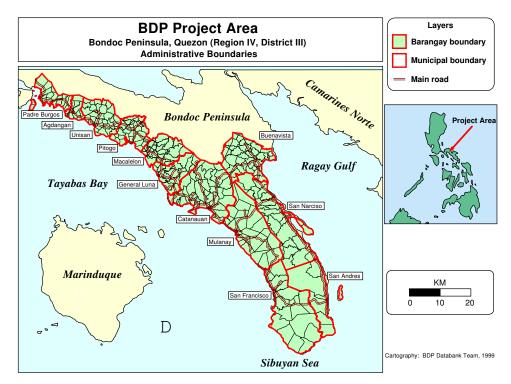


Abb. 1: Zielgebiet des BDP-Projektes auf der Bondoc-Halbinsel

2. Projektspezifische Hintergrundinformationen

Das Bondoc Development Program (BDP) definiert sich als ein ländliches Regionalentwicklungsprojekt, das von der philippinischen und deutschen Regierung gemeinsam finanziert und unter Mitwirkung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) umgesetzt wird. Die Projektaktivitäten begannen im Jahre 1989 und unterteilen sich in vier zeitlich aufeinanderfol-

gende Phasen. Gemäß dem *Adjusted Plan of Operation for Phase III (Juli 1998 – Juni 2000)*⁶⁸ ist das übergeordnete Projektziel folgendermaßen definiert:

"Small farmers, tenants and fisherfolks improve their political, social, economic and environmental conditions" (BDP 1998b)

Die Aktivitäten, die zu einer Implementierung dieser Zielsetzung beitragen sollen, gliedern sich in sechs verschiedene Themenbereiche, die als *Key Result Areas* (KRA) bezeichnet werden. Sie nehmen Bezug auf die Schlüsselprobleme der Region:

- KRA 1: Decentralized Planning and Plan Implementation;
- KRA 2: Agrarian Reform;
- KRA 3: Sustainable Coastal Resource Management;
- KRA 4: Sustainable Resource Management;
- KRA 5: Family Oriented Preventive Health Care Services;
- KRA 6: Enterprise Development for Employment Creation.

3. Das Impact Assessment

3.1 Das Impact Assessment als Initiative zur internationalen Kooperation

Das *Impact Assessment* vom März 2000 stellt im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit einen bisher einzigartigen Versuch dar, die vollständige Evaluierung von Projektaktivitäten einer internationalen studentischen Gruppe zu übertragen. Zwanzig angehende Sozialwissenschaftler, Geographen und Wirtschaftswissenschaftler der Universitäten von *Los Banos* (Philippinen) und *Gießen* (Deutschland) versuchen, von Professoren und regionalen Experten unterstützt, diese verantwortungsvolle Aufgabe umzusetzen. Die Projektleitung begründet das studentische Engagement nicht nur mit dem Willen zur

⁶⁸ Jeweils in den letzten Monaten der einzelnen Phasen werden die bisherigen Projektaktivitäten evaluiert. So soll besonders im Hinblick auf die Folgephase neuen Erkenntnissen und Entwicklungen Rechnung getragen werden.

Nachwuchsförderung, sondern vor allem auch mit der Annahme, Studenten würden sich im Vergleich zu "professionellen Experten" eher unvoreingenommen mit den regionalen Entwicklungstendenzen auseinandersetzen.

Die Vorbereitung auf das *Impact Assessment* beginnt bereits im Winter 1999 an den Universitäten von *Gießen* und *Los Banos*. In dieser ersten Phase wird die Aufgabenstellung definiert, Hintergrundinformationen über das Projekt bereitgestellt und bereits ein vorläufiger Fragebogen zur späteren Evaluierung der Projektaktivitäten entwickelt. Die vollständige zweite Phase findet im Projektgebiet auf der Bondoc-Halbinsel, Philippinen, statt (März 2000)⁶⁹.

3.2 Anmerkungen zum *Impact Assessment* im Hinblick auf die vorliegende Studie

Die Entscheidung, wo im Rahmen dieser Studie Schwerpunkte gesetzt werden, orientiert sich an der Ausgangsfragestellung, inwieweit die von vielen westlichen Politikern propagierten und in dieser Studie bereits erläuterten theoretischen Modelle der Entwicklungszusammenarbeit in der Praxis umgesetzt werden. Von besonderem Interesse sind demnach Themenbereiche, im Rahmen derer es gilt, ein angemessenes Ressourcenmanagement und damit eine nachhaltige Entwicklung zu fördern; daher wird die KRA 4 (Implementation of Sustainable Resource Management) einen wesentlichen Punkt der Studie darstellen. Daß der Mensch jedoch nach wie vor im Mittelpunkt der Betrachtung stehen soll, erklärt, weshalb der zweite Schwerpunkt auf die KRA 5, also auf den Themenkomplex "Family Oriented Preventive Health Care Services" gelegt wurde.

Im Rahmen dieser Studie wird versucht, anhand ausgewählter Beispiele einen Überblick bezüglich Veränderungen und deren Ursachen innerhalb von zwei der insgesamt sechs KRA zu gewährleisten.

3.3 Formulierung des Forschungsproblems

Bei dem *Impact Assessment* handelt es sich um eine Auftragsforschung. Auftraggeber ist das BDP, die Aufgabe ist definiert als "Durchführung einer Erhe-

42

⁶⁹ vgl. zum detaillierten zeitlichen Ablauf: Anlage: Tabellen: Tab. 1 und 2.

bung auf der Basis der Indikatoren des *Adjusted Plan of Operation for Phase III (Juli 1998 – Juni 2000)* sowie die statistische Erfassung und Auswertung der Daten mit dem Ziel, den Einfluß der BDP-Projektaktivitäten zu evaluieren" (HAUB 1999). Das BDP weist dabei ausdrücklich darauf hin, es sei auch Aufgabe des Evaluierungsteams, diese Indikatoren auf ihre Aussagefähigkeit zu beurteilen, sie gegebenenfalls zu verbessern oder zu ergänzen.

Um einer gewissenhaften Implementierung des Auftrages Rechnung zu tragen, soll zunächst untersucht werden, ob Veränderungen im Erhebungsgebiet stattgefunden haben. Falls dies der Fall sein sollte, ist im Anschluß zu evaluieren, inwieweit die BDP-Projektaktivitäten für die zu beobachtenden Veränderungen verantwortlich sind.

Das übergeordnete Forschungsproblem soll deshalb unter folgender Fragestellung untersucht werden:

"Sind in den vergangenen fünf Jahren in den sechs ausgewählten Municipalities Veränderungen der Lebensqualität der dort ansässigen Menschen festzustellen, und - falls dies der Fall ist - inwieweit ist das BDP für diese Veränderungen mitverantwortlich?"

3.4 Theoriebildung: Konzeptspezifikation und Operationalisierung

Bei der Konzeptspezifikation handelt es sich um eine theoretische Klärung, welche verschiedenen Aspekte eines Gegenstandsbereichs durch ein Konzept angesprochen werden (SCHNELL 1995, S. 118), sie ist somit auch als eine Einführung in die Problemthematik mit einer Definition von Begriffen zu verstehen. Als Operationalisierung wird die Angabe bezeichnet, wie Messungen für einen bestimmten Begriff vorgenommen werden können. In diesem Schritt erfolgt die Bildung von Indikatoren (beobachtbare Sachverhalte), die den theoretischen Begriffen und Konstrukten zugeordnet werden können, so daß Messungen möglich werden (S. 10). Die übergeordnete Nullhypothese H₀ orientiert sich an der Ausgangsfragestellung und soll daher folgendermaßen formuliert werden:

 H_0 = Es sind durch die Aktivitäten des BDP keine Veränderungen in der Lebensqualität der in den untersuchten *Municipalities* lebenden Menschen festzustellen.

Für einen möglichen Erfolg der Entwicklungsaktivitäten müßte die Nullhypothese H_0 auf Basis der erhobenen Daten falsifiziert und damit verworfen werden.

3.4.1 Implementation of Sustainable Resource Management

Die Kokosnuß stellt die verbreitetste Anbaufrucht auf der Bondoc-Halbinsel dar, die dort allerdings lediglich auf "unterstem technologischem Niveau" (KOHLMEYER 1989, S. 77) angebaut wird. Zudem ist nach KOHLMEYER auf die geringe Arbeitsproduktivität hinzuweisen. Ein Kokosnußproduzent, der seinen eigenen, etwa 5ha Anbaufläche umfassenden Boden bewirtschaftet - was in Anbetracht der nach wie vor unausgeglichenen Landbesitzverhältnisse die Ausnahme ist -, würde auch bei voller Auslastung seiner Arbeitskapazität bezüglich seines Einkommens noch immer knapp unterhalb der Armutsgrenze leben (S. 77f.).

Der Reisanbau auf der Bondoc-Halbinsel ist verglichen mit anderen Teilen der Philippinen eher von geringerer Bedeutung. Er erfolgt aufgrund fehlender technologischer und finanzieller Möglichkeiten nur in wenigen Ausnahmefällen in Form eines produktiven Bewässerungsfeldbaus. Hauptsächlich wird Reis im permanenten Trockenfeldbau oder im Wanderfeldbau angebaut. Auch die Durchschnittsproduktivität des Reisanbaus liege auf der Bondoc-Halbinsel laut KOHLMEYER (1989, S. 81) nochmals deutlich unterhalb der ohnehin schon geringen der gesamten Philippinen.

Neben Kokospalmen und Reis finden sich noch Mais und Bananenpflanzungen auf der Bondoc-Halbinsel. Der Gemüseanbau spielt eine stark untergeordnete Rolle.

Dem Themenbereich Implementation of Sustainable Ressource Management (KRA 4) liegt seitens des Entwicklungsprojektes die Auffassung zugrunde, daß

zum einen die Anbauproduktivität gesteigert und zum anderen eine ökologisch orientierte Nachhaltigkeit erreicht werden müsse. An diesen Prämissen orientiert sich die im *Adjusted Plan of Operation for Phase III* festgelegte Zielsetzung:

"By June 2000, at least 60% of primary target group families in San Andres and 60 % in other localities improve productivity and profitability by 10 to 15% over project baseline data.

By June 2000, 30% of ARB⁷⁰ target group members in San Andres and 20% in other localities successfully apply contour farming and improved farming techniques." (BDP 1998b)

Um eine erfolgreiche Implementierung dieser Zielsetzung zu prüfen, werden im Rahmen des *Impact Assessment* u.a. folgende Indikatoren definiert und der Untersuchung zugrunde gelegt⁷¹:

- Veränderungen der Bodenqualität und der Erosion;
- Veränderung der Ernteerträge von Kokosnüssen, Reis und Mais;
- Veränderungen beim Einsatz von Düngemitteln;
- Veränderung des Lebensstandards der befragten Bauern.

Insgesamt entwickelt das Evaluierungsteam zwei verschiedene Fragebögen, die in erster Linie die lokalen Bauern als Zielgruppe beinhalten. Sie werden um Einschätzungen gebeten, die Aufschluß über ihre Anbaumethodik, mögliche Ertragsveränderungen und den Lebensstandard geben sollen. Auch evaluiert wird in diesem Zusammenhang der Einfluß und Nutzen des BDP.

Insgesamt werden während der Erhebung knapp 250 Bauern interviewt.

⁷⁰ Agrarian Reform Beneficiaries

⁷¹ Generell ist auf die Schwierigkeit hinzuweisen, Veränderungen an genauen Zahlen zu überprüfen, wie dies beispielsweise im Plan of Operation vorgesehen wurde (at least **60%** ... improve productivity...). Dies liegt auch in der in Kapitel 3.6 beschriebenen Problematik begründet, verläßliche Stichproben im Projektgebiet zu ziehen. Im Rahmen des *Impact Assessment* stand daher eher das Offenlegen von Trends als die Präsentation genauster Zahlen im Mittelpunkt der Anstrengungen.

3.4.2 Family Oriented Preventive Health Care Services

Gemäß KOHLMEYER (1989, S. 59) besteht das größte Problem im Gesundheitsbereich der Bondoc-Halbinsel in der "realen Erreichbarkeit wesentlicher Gesundheitsdienste". Während beispielsweise landesweit durchschnittlich 1.153 Menschen einen Arzt beanspruchen können, stehe auf der Bondoc-Halbinsel lediglich einer für 16. 179 Menschen bereit. Ähnlich große Diskrepanzen ergeben sich im Hinblick auf das Vorhandensein von Krankenschwestern, Zahnmedizinern und Krankenhäusern im allgemeinen. Der landesweite Durchschnitt liegt hier bei rund 34.000 Menschen pro Krankenhaus, auf der Bondoc-Halbinsel versorgen die beiden existierenden Krankenhäuser zusammen 194.211 Einwohner⁷², also durchschnittlich knapp 100.000 Menschen pro Krankenhaus (S. 60). Bezüglich Lebenserwartung (62 Jahre) und der Mortalitätsrate sind keine nennenswerten Unterschiede zu anderen Teilen der Philippinen festzustellen. KOHLMEYER (1989, S. 59) weist allerdings darauf hin, daß diese Beobachtungen durch die sehr geringen Werte der Einwanderungsgebiete in der südlichen Hälfte der Halbinsel positiv beeinflußt werden.

Die aktuelle philippinische Regierung bemüht sich, die Verbesserung der gesundheitlichen Situation zu beschleunigen. Im Jahre 1996 wurde deshalb u.a. im *National Health Plan* beschlossen, "Accomplishments in basic health services, disease prevention, and health promotion"⁷³ verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Dem Themenbereich Family Oriented Preventive Health Care Services (KRA 5) liegt die Auffassung zugrunde, daß sich Gesundheit nicht nur im "Fehlen von Krankheiten und Gebrechen" begründet, sondern auch den "Zustand des vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens" (WHO zitiert nach Brockhaus 1992, S. 152) impliziert. Diese präventiv zu schützen und zu fördern ist unerläßlich, um eine erfolgreiche Gesamtentwicklung zu gewährleisten. So betonte schon GOUROU⁷⁴ (1966), der schlechte Gesund-

⁷² Die Diskrepanz zur Gesamteinwohnerzahl ist dahingehend zu erklären, daß die Menschen im nördlichen Teil der Halbinsel auf Krankenhäuser zurückgreifen können, die außerhalb der Bondoc-Halbinsel und damit des Projektgebietes liegen.

⁷³ in: Government of the Philippines (Hrsg.) (1998)

⁷⁴ zitiert nach: SCHOLZ (1998, S. 35)

heitszustand großer Teile der Bevölkerung in den Entwicklungsländern sei ein wesentlicher Grund für die Armut und die wirtschaftliche Stagnation. Im Hinblick auf die Tatsache, daß 14,4% der Einwohner der Bondoc-Halbinsel entweder unter Gesundheitsproblemen leiden oder behindert sind (KOHLMEYER 1989, S. 58), beinhalten die Projektaktivitäten Komponenten, die eine Verbesserung der Gesundheit der im Zielgebiet lebenden Menschen manifestieren sollen. Im *Adjusted Plan of Operation for Phase III* ist die konkrete Zielsetzung der KRA 5 folgendermaßen beschrieben:

"By June 2000, at least 60% of primary target group households are applying improved preventive health practices and malnutrition is substantially reduced." (BDP 1998b)

Um eine erfolgreiche Implementierung dieser Zielsetzung zu prüfen, wurden im Rahmen des *Impact Assessments* u.a. folgende Indikatoren definiert und der Untersuchung zugrunde gelegt:

- Veränderungen der Trinkwassersituation;
- Veränderungen bei Durchfallerkrankungen von Kleinkindern;
- Veränderungen bezüglich sanitärer Einrichtungen;
- Kenntnisse der Bevölkerung zur Prävention von Krankheiten;
- Beurteilung des Gesundheitszustandes der Befragten im zeitlichen Vergleich.

Auf Grundlage dieser Indikatoren entwickelt das Evaluierungsteam zwei verschiedene Fragebögen, die unterschiedliche Analyseeinheiten zugrunde legen. Die erste setzt sich aus Müttern zusammen, die über verschiedene Themen mit dem Schwerpunkt "Gesundheit der Familie" befragt werden. Dieser Fragebogen besteht aus drei verschiedenen Teilen, wobei letzterer Aufschluß darüber geben soll, inwieweit Veränderungen auf BDP-Aktivitäten zurückzuführen sind:

- Fragen über Kenntnisse und Anwendung von Gesundheitsvorsorge (preventive health practices);
- Fragen über den Gesundheitszustand der Familie im allgemeinen und insbesondere der Kinder unter sieben Jahren sowie
 Fragen bezüglich des Zugangs von Einrichtungen zur Gesundheitsfürsorge;
- Fragen über Kenntnisse von und Teilnahme an BDP-Projekten.

Mit Hilfe des zweiten Fragebogens wird evaluiert, ob und wie sich Veränderungen nach Einschätzung von Beschäftigten im Gesundheitssektor bemerkbar machen. Zielgruppe sind hier Mitglieder der BHC, die im Hinblick auf Gesundheitsfragen als Experten eingestuft werden können.

Insgesamt werden im Rahmen der Erhebung 255 Mütter befragt. 61% dieser Mütter haben Kinder, die jünger als sieben Jahren alt sind. Darüberhinaus artikulieren 141 Mitglieder der *Barangay Health Committee* (BHC) ihre Einschätzung in Gesundheitsfragen.

3.5 Forschungsdesign

Bezüglich der Festlegung auf ein bestimmtes Forschungsdesign ist von Wichtigkeit, inwieweit auf bereits vorhandenes Datenmaterial (Basline Data) zurückgegriffen werden kann. Da dies zumindest teilweise bei den im Rahmen dieser Studie vertieften KRAs 4 und 5 der Fall war, wurde dabei auf das sog. Trenddesign zurückgegriffen, bei dem ... "Variablen durch dieselben Operationalisierungen zu verschiedenen Zeitpunkten, jedoch an anderen Personen ... gemessen werden" (SCHNELL 1995, S. 235). Ziel des Trenddesign ist, zeitliche Veränderungen innerhalb einer definierten Untersuchungseinheit festzustellen. Bei einzelnen Komponenten, die bei früheren Erhebungen nicht erfaßt werden konnten, wurden die Befragten um eine Einschätzung bezüglich einer zeitlichen Veränderung gebeten. Es handelt sich dabei dann um ein Retrospektivdesign.

3.6 Auswahl der Untersuchungseinheiten und Repräsentativität

Die Projektaktivitäten des BDP beziehen sich auf insgesamt zwölf *Municipalities*, von denen im Rahmen des *Impact Assessments* sechs abgedeckt werden⁷⁵. Untersuchungseinheiten stellen die (erwachsenen) Bewohner dieser sechs *Municipalities* dar. Bei der Auswahl wurde sowohl aus geographischer als auch aus demographischer Sicht versucht, für das gesamte Projektgebiet möglichst repräsentative *Municipalities* in der Erhebung zu berücksichtigen. Daß auch in diesen sechs *Municipalities* nur ein Teil der Bevölkerung befragt werden konnte, ist im Hinblick auf den eingeschränkten zeitlichen und finanziellen Rahmen nachvollziehbar. Analyseeinheiten sind - je nach Fragestellung - Individuen oder Personengruppen, aus deren Antworten sich demnach Einzel- bzw. Aggregatdaten ergeben.

Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Ergebnisse keinen repräsentativen Charakter bezüglich des gesamten Projektgebietes beanspruchen. Auch sollte bei den Resultaten beachtet werden, daß keine den strengen Maßstäben der empirischen Sozialforschung entsprechende Stichprobenziehung erfolgen konnte⁷⁶, was ebenfalls Auswirkungen auf eine statistisch abgesicherte Repräsentativität der Daten hat.

3.7 Pretest und Datenerhebung

Nachdem die vorläufige Entwicklungsphase der Fragebögen abgeschlossen ist, wird ein zweitägiger Pretest in ausgewählten *Barangays* der *Municipality Catanauan* durchgeführt. Anschließend werden die Fragebögen mit Unterstützung der sechs *Subject Matter Specialists*⁷⁷ (SMS) ein weiteres Mal überarbeitet.

Die eigentliche Erhebung findet im Anschluß in sechs verschiedenen *Munici*palities der Bondoc-Halbinsel statt, in denen das Evaluierungsteam innerhalb

⁷⁵ Agdangan, Buenavista, General Luna, San Andres, San Francisco, Unisan.

⁷⁶ Der Grund dafür liegt im Fehlen von Information über die ansässige Bevölkerung, die sich nicht unwesentlich aus spontanen Siedlern zusammensetzt und regelmäßigen Veränderungen unterliegt. Von administrativer Seite gibt es nur unzureichende und vielfach fehlerhafte Daten bezüglich der Einwohnerzahlen im allgemeinen oder der genauen Registrierung der Namen im speziellen.

⁷⁷ Die SMS sind philippinische Experten, die jeweils die Aktivitäten für eine KRA koordinieren.

von zwei Wochen insgesamt 54 *Barangays* aufsucht und deren Zielgruppen interviewt. In jeder dieser *Municipalities* werden Daten zu allen sechs KRA erhoben.

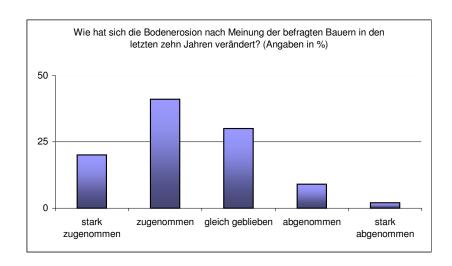
3.8 Datenerfassung und statistische Datenanalyse

Nach Abschluß der Erhebungsphase verarbeitet das Team die Daten elektronisch weiter, und eine erste Auswertung der Resultate erfolgt. Die Ergebnisse werden in einer Präsentation den Projektverantwortlichen sowie einer Vielzahl von Politikern vorgestellt. Eine detailliertere Auswertung der erhobenen Daten findet in *Gießen* bzw. *Los Banos* statt und beinhaltet darüberhinaus eine schriftliche Fixierung der Ergebnisse.

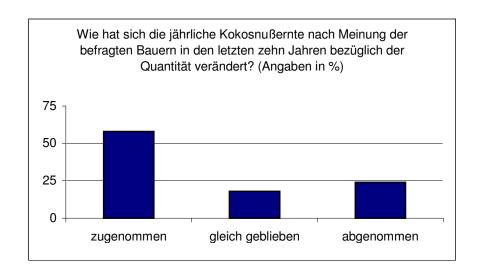
3.8.1 Implementation of Sustainable Resource Management

3.8.1.1 Exemplarische Darstellung erhobener Daten

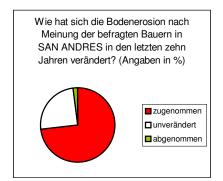
Da die Qualität des Bodens als ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Agrarwirtschaft angesehen werden muß, werden Bauern in den sechs untersuchten *Municipalities* um ihre Einschätzung bezüglich qualitativer Veränderungen innerhalb der vergangenen zehn Jahre gebeten. Während lediglich insgesamt 14% von einer verbesserten Situation sprechen, erklären über die Hälfte, die Qualität ihrer Böden habe sich verschlechtert. 13% betonen sogar eine "starke Verschlechterung" ihrer Anbaugrundlage:



Daß die Erosion der Böden als wesentliche Ursache für diese qualitativen Einbußen gewertet werden muß, läßt sich ohne Schwierigkeiten aus der starken Zunahme dieses Phänomens ableiten. Über 60% der befragten Bauern sprechen von einer "starken" oder "sehr starken" Zunahme der Erosion auf ihren Feldern. Nur gut 10% glauben, eine positive Entwicklung erkennen zu können:



Exemplarisch soll im folgenden die besonders deutliche Antwortstruktur der Bauern der *municipality* von *San Andres* im Süden der Bondoc-Halbinsel hervorgehoben werden. Die überwältigende Mehrheit spricht von einer Zunahme von Bodenerosion, und nahezu alle Befragten betonen die Verschlechterung der Böden innerhalb der vergangenen zehn Jahre:



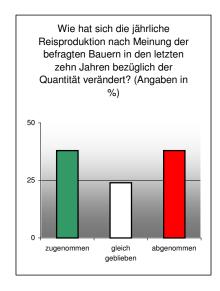


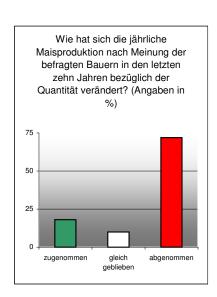
Welche Auswirkung haben diese insgesamt negativen Entwicklungen nun auf die landwirtschaftlichen Erträge? Um dies zu evaluieren, wird eine Befragung der Bauern nach der Veränderung der jährlichen Quantität ihrer Ernteerträge bei Reis, Mais und Kokosnüssen durchgeführt. Vergleichspunkt ist das Jahr 1990.

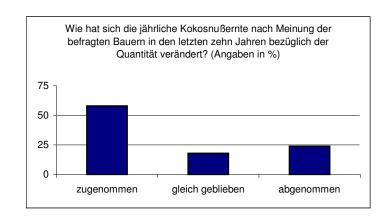
Bezüglich des Reisanbaus läßt sich in der Gesamtproduktion keine eindeutige Tendenz erkennen. Bei ¼ der befragten Bauern hat sich die Ertragssituation in den vergangenen zehn Jahren überhaupt nicht verändert. Die Anzahl derer, die eine Zunahme der Reisproduktion verzeichnen kann, ist identisch mit der, die sich verringerte (jeweils knapp 40% der Befragten).

Beim Mais, der hauptsächlich in der *Municipality* von *San Andres* angebaut wird, ist insgesamt ein starker Rückgang der Produktion zu vermerken. Nahezu ³/₄ der Befragten erklären, bei ihnen habe die Maisproduktion in den letzten zehn Jahren abgenommen. Weniger als 20% sprechen von einer gegenteiligen Entwicklung.

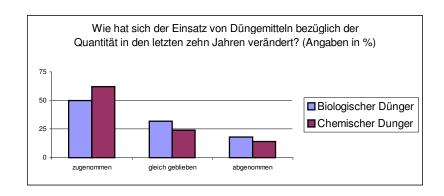
Vollkommen anders verhält sich die Situation bei der Kokosnußproduktion. Hier sprechen über die Hälfte der Befragten von einer Zunahme ihrer gegenwärtigen jährlichen Erträge im Vergleich zu denen von 1990, bei knapp ¼ schwächte sich die Produktion in diesem Zeitraum ab. Folgende Graphiken ergeben sich in diesem Zusammenhang:







Offensichtlich sind bei der Agrarproduktion im Vergleich zu der Situation von 1990 trotz deutlicher Verschlechterung der Böden keine wesentlichen Rückgänge bei den Ernteerträgen festzustellen. Ein Grund dafür könnte im verstärkten Einsatz von Düngemitteln liegen, die den Nährstoffgehalt der übernutzten Böden verbessert. Um diese Hypothese zu überprüfen, werden die Bauern befragt, inwieweit sich der Einsatz von Düngemitteln auf ihren Feldern in den vergangenen zehn Jahren verändert hat. Im Hinblick auf den umweltpolitischen Anspruch einer nachhaltigen und umweltverträglichen Felderbewirtschaftung wird zusätzlich zwischen biologischen und chemischen Düngemitteln unterschieden. Bei beiden ist im Vergleich von 1990 ein deutlicher Anstieg (bei jeweils über 50% der Befragten) zu vermerken, der bei chemischen Düngemitteln sogar noch etwas stärker ist. Dies wird durch folgende Übersicht verdeutlicht:



Abschließend wird erhoben, wie sich der Lebensstandard der befragten Bauern in den letzten zehn Jahren verändert hat. Knapp die Hälfte der Befragten erklären, ihre Situation habe sich insgesamt verbessert, die andere Hälfte kann keine qualitativen Veränderungen erkennen oder spricht von einem vergleichsweise schlechteren Lebensstandard:



3.8.1.2 Trendanalyse

Zweifelsfrei stellt die dramatische Verschlechterung der Böden und die zunehmende Erosion im Erhebungsgebiet eine markante Auffälligkeit dar. Worin sind die Ursachen für diese Entwicklung zu suchen? Eine ganz wesentliche Rolle dürften die Folgewirkungen der auf der Bondoc-Halbinsel am weitesten verbreiteten Anbaumethodik spielen: die des permanenten Trockenfeldbaus. ANDREAE (1972)⁷⁸ weist in diesem Zusammenhang auf die große Problematik dieser "naturwidrigen" Anbauform in den humiden Tropen hin, die meist als Indikator für einen regionalen Verarmungsprozeß angesehen werden könne: Die ohnehin nährstoffarmen Böden würden durch das Fehlen von Aschedüngung zusätzlich belastet werden, was katastrophale ökologische - und dadurch mittelfristig auch schlimme ökonomische - Folgen in Form von Bodendegradation und Erosion habe. Genau diese prophezeite Entwicklung scheint sich auch auf der Bondoc-Halbinsel widerzuspiegeln, wo die ohnehin schon negativen Voraussetzungen durch das erosionsfördernde hügelige Erscheinungsbild zusätzlich verstärkt werden.

Der im permanenten Trockenfeldbau ausgesprochen niedrige Erschließungsund Instandsetzungsaufwand scheint den Bauern aufgrund der vorherrschenden
Armut vielfach als Auswahlkriterium zu dienen. In Anbetracht der Tatsache,
daß ohne bodenverbessernde Maßnahmen schon im zweiten Anbaujahr die
Erträge deutlich zurückgehen, muß dem Einsatz von Düngemitteln eine entscheidende Bedeutung eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang sei allerdings auch auf die möglichen negativen Folgen hingewiesen, die entstehen,
wenn die traditionellen biologischen Dünger der "Low-Input Landwirtschaft"
(SCHOLZ 1998, S. 95), beispielsweise Kompost oder Viehdung, zur Ertragssicherung nicht mehr ausreichen und gleichzeitig die Einkommen der Bauern zu
gering sind, chemische Düngemittel zu finanzieren. Die dadurch entstehende
Verschuldung gefährdet einen erfolgreichen Entwicklungsprozeß. Daß der Einsatz chemischer Dünger auch aus ökologischer Sicht problematisch sein kann,
soll in diesem Kontext ergänzt werden.

Als besonders kritisch ist die Situation der Bauern in der *Municipality* von *San Andres* zu werten, wo nahezu alle Befragten auf die katastrophale Verschlechterung der Böden in den letzten Jahren hinweisen. Gründe für diese Entwicklung sind in erster Linie im Anbauprodukt zu suchen. Während in den zentralen und nördlichen Teilen der Bondoc-Halbinsel ein weitestgehend bodenscho-

⁷⁸ zitiert nach SCHOLZ (1998, S. 94)

nender Anbau von Kokosnußpalmen zu beobachten ist, sind in *San Andres* verstärkt Maisfelder zu finden. Mais gilt als ein sehr bodenbelastendes Anbauprodukt (BDP 2000, S. 55). Gemäß BOGUSLAWSKI (2000) liegt deshalb auch ein besonderes Augenmerk des Projektes auf dem Versuch, durch gezielte Pflanzungen von Konturhecken aus Leguminosengehölzern die Erosion unter Kontrolle zu bringen.

Nichtsdestotrotz scheint die Tendenz der zunehmenden Verschlechterung der Böden zumindest mitverantwortlich für die zu beobachtende Abkehr der Bauern vom Maisanbau zu sein. Eine weitere Ursache für diese Entwicklung könnte nach BOGUSLAWSKI (2000) auch die vor allem im Süden der Halbinsel auftretenden Migrationserscheinungen zu der Metropole *Manila* sein, wo sich die ehemaligen Maisbauern ein höheres Einkommen erhoffen.

Daß trotz der zunehmenden Bodenverschlechterung rund die Hälfte der befragten Bauern von einer Verbesserung des eigenen Lebensstandards sprechen, kann als ein Erfolg des Entwicklungsprojektes verbucht werden. Hilfestellungen beim Zugang zu Düngemitteln und deren gezielte und fachgerechte Anwendung scheinen gegenwärtig noch in der Lage zu sein, die ansonsten verheerenden Folgen zu unterdrücken. Längerfristig wird es allerdings nur möglich sein, durch ein verändertes Anbausystem den Erfolg der bisherigen Anstrengungen nicht zu gefährden⁷⁹.

3.8.2 Family Oriented Preventive Health Care Services

3.8.2.1 Exemplarische Darstellung erhobener Daten

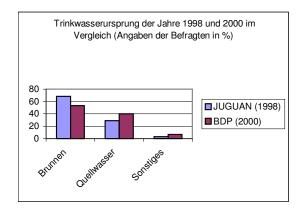
Da über 80% der weltweit auftretenden Krankheiten durch unreines Trinkwasser mitverursacht oder verschlimmert werden (BDP 1998b), muß der Zugang zu sauberem Wasser als Basis einer erfolgreichen Gesundheitsvorsorge eingestuft werden. In den sechs *Municipalities* ist gegenwärtig folgende Situation zu beobachten:

• 53% der befragten Mütter erklären, ihr Trinkwasser aus Brunnen zu beziehen;

⁷⁹ Diese Auffassung wird in Kapitel 4 auf Seite 73f. präzisiert.

- 40% der Befragten benutzen Quellwasser;
- 7% keine Angabe oder sonstiges.

Verglichen mit den Ergebnissen der Erhebung von JUGUAN (1998) ergibt sich folgende Graphik:



Da diese Daten eine fehlende organisierte Wasserversorgung in Form von Leitungen und Abwasserkanälen verdeutlichen, ist von entscheidender Bedeutung, ob die Menschen das Wasser vor dem Konsum abkochen. Besonders in Brunnen entwickeln sich krankheitserregende Bakterien und Keime, die so abgetötet werden können. BDP-Aktivitäten unternehmen daher Anstrengungen, Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Erhebung gibt über die augenblickliche Situation Aufschluß:

Demnach kochen 39% der Befragten das Wasser vor dem Trinken ab, während 61% auf diesen Schritt verzichten. Da in vorangegangenen Erhebungen nicht explizit untersucht wurde, inwieweit die lokale Bevölkerung von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, sollen diesbezügliche zeitliche Veränderungen über einen zusätzlichen Indikator ermittelt werden.

Durchfallerkrankungen, insbesondere von Kindern, liegen hauptsächlich in der Aufnahme von unreinem Wasser begründet (BPD 2000). Daher erscheint es aufschlußreich, die zeitliche Veränderung der Häufigkeit von Durchfallerkrankungen bei Kindern zu untersuchen. Während im Rahmen der Erhebung vom

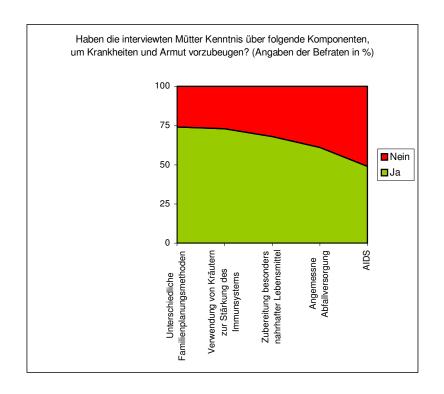
März 2000 10% der Mütter von Kindern unter sieben Jahren angeben, mindestens eines dieser Kinder habe innerhalb der letzten zwei Jahre an Durchfaller-krankungen gelitten, erklärten 1998 auf die gleiche Frage noch 14% der Mütter, dies sei bei ihren Kindern der Fall gewesen. Unabhängig davon, ob dieser Anteil nach wie vor als "hoch" (BDP 2000) eingestuft werden muß, ist zweifelsohne eine deutliche Verbesserung der Situation zu konstatieren.

Im Rahmen des *Impact Assessments* wird darüberhinaus erhoben, ob die Befragten auf sanitäre Einrichtungen zurückgreifen können und wie sich die Situation vor fünf Jahren dargestellt habe:





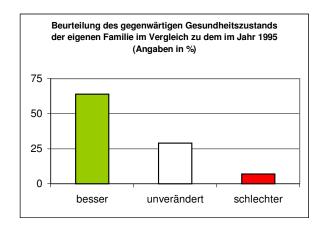
Während 59 % der Befragten angeben, im Jahr 1995 über sanitäre Einrichtungen verfügt zu haben, stieg dieser Anteil im Jahr 2000 um 6 Prozentpunkte. Eine entscheidend wichtige Komponente im Bereich der Gesundheitsvorsorge ist die Erkenntnis der Bevölkerung, Möglichkeiten wahrzunehmen, Krankheiten und Armut präventiv entgegenzuwirken. Um den aktuellen Wissensstand der Zielgruppe "Mütter" zu erheben, erklären diese, ob sie bereits über Kenntnisse in den vorgegebenen Methoden verfügen:



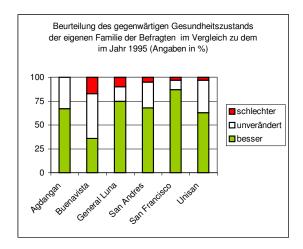
Die Ergebnisse verdeutlichen einen vergleichsweise hohen Wissensstand der Befragten bei den Themen "Familienplanung" und dem "Verwenden von Kräutern zur Gesundheitsvorsorge", während sich Kenntnisse über die Gefahren und Präventionsmöglichkeiten von AIDS auf etwa die Hälfte der interviewten Mütter beschränken.

Auf eine generelle Veränderung des Gesamtgesundheitszustandes der im Projektgebiet lebenden Menschen bezieht sich ein weiterer Teil der Erhebung. Dabei werden einerseits Mütter um eine allgemeine Einschätzung der Gesundheit ihrer Familie gebeten, anderseits artikulieren Beschäftigte der BHC ihren Eindruck bezüglich der Gesundheitssituation. Beide Gruppen vergleichen in diesem Zusammenhang die aktuelle Lage mit der von 1995.

Während knapp 65% der befragten Mütter den gegenwärtigen Gesundheitszustand ihrer Familie im Vergleich zu dem vor fünf Jahren als "besser" einstufen, beurteilen weniger als 10% diesen als "schlechter":



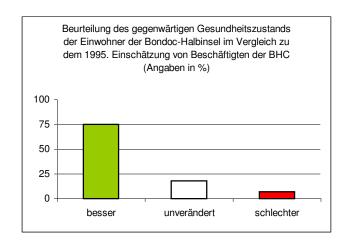
Daß hierbei trotz einer einheitlichen Tendenz regional unterschiedliche Einschätzungen auftreten, verdeutlicht die folgende Verteilung:



Zunächst ist zu konstatieren, daß in fünf von sechs Municipalities die Anzahl derer überwiegt, die den aktuellen Gesundheitszustand als "besser" bezeichnen. Lediglich *Buenavista* stellt in diesem Zusammenhang eine Ausnahme dar, obwohl sich auch hier die Gesundheitssituation eher verbessert als verschlechtert hat. Durch eine positive Entwicklung heben sich die *Municipalities* von *Ag*-

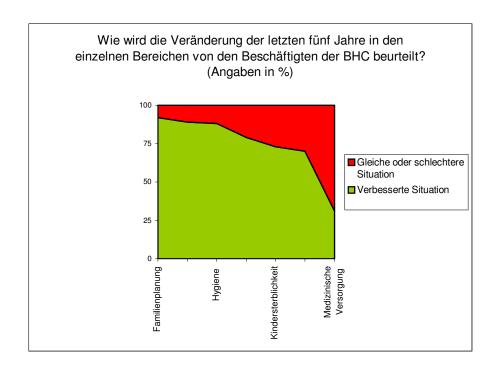
dangan, San Francisco und Unisan hervor, in denen die Anzahl derer, die ihre gesundheitliche Situation als "schlechter" empfinden, am geringsten ist.

Wie beurteilen nun die Beschäftigten der BHC, also Experten, die im Gesundheitswesen beschäftigt sind, die Situation der Menschen der Bondoc-Halbinsel im Vergleich zum Jahr 1995?



75% der befragten Beschäftigen der BHC erklären, die Gesundheitssituation habe sich ihrer Meinung nach in den letzten fünf Jahren verbessert. Weniger als 10% vertreten eine gegenteilige Auffassung. Darüberhinaus ist von Interesse, wie sich diese Einschätzung auf die einzelnen Themen des Gesundheitswesens verteilen. Folgende Angaben sind zu vermerken:

Während in den Themenbereichen "Familienplanung", "Immunisierung" und "Hygiene" jeweils etwa 90 % der Befragten angeben, die Situation habe sich ihrer Auffassung nach im Laufe der letzten fünf Jahre vorteilhaft modifiziert, können immer noch zwischen 70 und 80% auch in den Bereichen "Unterernährung von Kindern", "Kindersterblichkeit" und "durch unreines Wasser verursachte Krankheiten" eine positive Entwicklung erkennen. Dagegen sprechen lediglich 30% der Interviewten von einer verbesserten Situation im Bereich der "medizinischen Versorgung". Folgende Übersicht ergibt sich in diesem Zusammenhang:



3.8.2.2 Trendanalyse

Wird impliziert, daß Quellwasser in vielen Fällen qualitativ hochwertiger ist als Wasser aus Brunnen (BDP 2000), ist hier zunächst eine positive Veränderung erkennbar. Die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und die damit einhergehende Abnahme von Durchfallerkrankungen trägt offensichtlich ebenso zu einem positiven Gesamteindruck des allgemeinen Gesundheitszustandes bei wie die quantitative Zunahme sanitärer Einrichtungen. Die positive Entwicklung des Lebensstandards manifestiert sich im temporären Vergleich in der Beurteilung des aktuellen Gesundheitszustandes der Familie der befragten Mütter. Daß nahezu ¾ der Interviewten im Vergleich zum Jahr 1995 von einer verbesserten gesundheitlichen Situation sprechen, läßt das Ausmaß der positiven Entwicklung erkennen. Als zumindest mitverantwortlich für diese erfreuliche Entwicklung sollte die philippinische Regierung - trotz aller im Augenblick existierender Korruptionsvorwürfe - unter dem Präsidenten JOSEPH ESTRA-DA erwähnt werden, die im Gegensatz zu den Vorgängern die Beseitigung von Massenarmut als eines ihrer Hauptziele definiert hat. So attestiert die Weltbank

(2000, S. 4) der gegenwärtigen philippinischen Regierung, sie habe erkannt, daß Entwicklungsanstrengungen vor allem in den ärmsten ländlichen Gebieten von Nöten sei:

"Poverty in the Philippines is still a predominantly rural phenomenon and hence rural development and poverty alleviation have been declared a top national priority in President Estrada's development agenda."

Auch HAUB (2000, S. 14f.) unterstreicht die wichtige Rolle der modifizierten politischen Situation. Die politische Veränderung von 1987 habe einen demokratischen Dezentralisierungsprozeß herbeigeführt, der es auch den unteren administrativen Ebenen, dem *Barangay* oder der *Municipality*, ermögliche, einen wichtigen Beitrag für die eigene Entwicklung zu gewährleisten (Bottom-up-Prinzip). Interne und externe Entwicklungsanstrengungen könnten so zielgerichteter und erfolgversprechender eingesetzt werden.

Obwohl diese positive Tendenz in allen sechs *Municipalities* zu beobachten ist, zeigt sich eine im Vergleich ungünstigere Entwicklung in Buenavista. Es ist davon auszugehen, daß diese in der äußerst prekären politischen Situation der Municipality begründet liegt. Der Einfuß von Großgrundbesitzern, die über eigene bewaffnete Einheiten verfügen und sich den Agrarreformverordnungen der philippinischen Regierung widersetzen, stellt sich dort überproportional stark dar. In den letzten Jahren wurden die Einwohner ganzer Barangays von ihrem ursprünglich besiedelten Land vertrieben, was eine merkliche Verschlechterung ihres Lebensstandards nach sich zog. Es erscheint offensichtlich, daß dies auch Auswirkungen auf die gesundheitliche Situation dieser Menschen hat. Ebenso lassen sich für die vergleichsweise positive Einschätzung der Einwohner von Agdangan und Unisan Gründe ableiten. Sie liegen nicht nur im infrastrukturell deutlich besser erschlossenen nordwestlichen Bereich der Bondoc-Halbinsel, auch befindet sich in Unisan das einzige Krankenhaus des Projektgebiets, dem im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung gewidmet wird.

Erwähnenswert ist auch, daß die Beschäftigten der BHC im Vergleich zu den befragten Müttern eine fast identische Beurteilung der zeitlichen Veränderung des Gesundheitszustandes feststellen. Auffälligkeiten gegenüber der allgemein positiven Tendenz der Einschätzungen dieser Experten ergeben sich im Hinblick auf die medizinische Versorgung, bei der die Mehrheit eine unveränderte oder sogar schlechtere Situation erkennt, als sich dies noch vor fünf Jahren abzeichnete. In Anbetracht der Tatsache, daß KOHLMEYER schon im Jahre 1989 auf erhebliche Defizite der medizinischen Versorgung hinwies⁸⁰, scheinen in diesem Themenbereich forcierte Anstrengungen der philippinischen Regierung und weitere, noch intensivere und zielgerichtetere Entwicklungshilfe besonders notwendig zu sein.

Nachvollziehbare Gründe für diesen überaus unbefriedigenden Teilbereich sind schwierig auszumachen. Eine wesentliche Ursache könnte durch die Tatsache bedingt sein, daß auf der Bondoc-Halbinsel nach wie vor starke Rebellenaktivitäten der NPA⁸¹ zu beobachten sind, die eine Ansiedlung medizinischer Fachkräfte erschwert. Möglicherweise könnten zusätzlich dazu auch Gründe im Zusammenhang mit den verheerenden Typhoonen vergangener Jahre angeführt werden, die weite Teile der Halbinsel verwüsteten und infrastrukturelle Verbesserungen des Gesundheitswesens zerstörten. Sicher jedoch ist, daß die BDP-Projektleitung ihre Anstrengungen in diesem Bereich steigern sollte.

Trotz der eindeutigen Verbesserung der gesundheitlichen Gesamtsituation der Befragten innerhalb der vergangenen fünf Jahre kann die gegenwärtige Lage noch immer nicht als befriedigend eingestuft werden. An der Tatsache, daß noch deutlich weniger als die Hälfte der Befragten ihr Trinkwasser vor dem Konsum abkochen, läßt sich beispielhaft die Notwendigkeit erkennen, auch weiterhin engagierte Aufklärungsarbeit zu leisten. Auch im Hinblick auf den Wissensstand der Befragten, wie präventive Gesundheitsvorsorge betrieben werden kann, sind - zumindest bei einzelnen Komponenten - weitere Verbesserungen erforderlich. Die Tatsache, daß nur die Hälfte der Bevölkerung weiß, wobei es sich um AIDS handelt oder wie einer Infizierung vorgebeugt werden

⁸⁰ vgl. S. 46

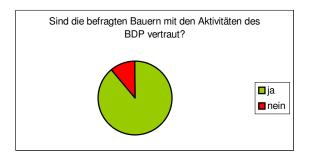
⁸¹ New Peoples Army; kommunistische Rebellenbewegung

kann, unterstreicht auch für die Zukunft die Notwendigkeit einer Entwicklungszusammenarbeit. Dies wird auch durch Kenntnisdefizite der Befragten im Bereich einer angemessenen Abfallversorgung unterstrichen, denen es insbesondere auch im Hinblick auf den Anspruch, eine nachhaltige Entwicklung manifestieren zu wollen, entgegenzuwirken gilt.

3.8.3 Korrelationsanalyse: Evaluierung des Einflusses von BDP-Aktivitäten im Hinblick auf die zu beobachtenden Veränderungen

Die bis zu diesem Zeitpunkt dargestellten Daten geben zunächst noch keinen Aufschluß darüber, inwieweit der direkte Einfluß des BDP für die zu beobachtenden Veränderungen verantwortlich ist. Um diesen näher zu untersuchen, wird im folgenden überprüft, wie hoch der Bekanntheitsgrad von BDP-Projekten ist und wie stark sich die aktive Beteiligung der lokalen Bevölkerung an diesen zeigt. Zudem ist von großer Relevanz, wie der qualitative Output von den Teilnehmern bewertet wird und welche Bedeutung eine Implementierung der Ziele des BDP für die Menschen der Bondoc-Halbinsel aufweist.

So werden im Rahmen des *Impact Assessments* Bauern der sechs *Municipalities* befragt, ob sie mit den Aktivitäten des BDP vertraut seien. Die überwältigende Mehrheit von fast 90% bestätigt dies, was auch für eine gelungene Informationspolitik des BDP in dieser KRA spricht:



Offensichtlich scheinen die Aktivitäten des BDP über einen sehr hohen Bekanntheitsgrad zu verfügen. Um zu untersuchen, ob die Anstrengungen des BDP auch einen Einfluß auf die zu beobachtenden Veränderungen haben, werden im folgenden die Komponenten

- "Sind die befragten Bauern mit den Aktivitäten des BDP vertraut?" und
- "Haben die befragten Bauern innerhalb der letzten zehn Jahre ihr Anbausystem geändert?"

auf eine statistisch abgesicherte Korrelation geprüft. Da das BDP bemüht ist, die traditionellen und wenig ertragreichen Anbaumethoden der Bauern durch Hilfeleistungen zu perfektionieren, liegt die Vermutung nahe, daß Bauern, die mit den Aktivitäten des BDP vertraut sind, eher ihr Anbausystem in den letzten zehn Jahren geändert haben als solche, denen diese Kenntnis nicht geläufig ist. Die Analyse wird in Form einer bivariaten Kontingenztabelle dargestellt. Da es sich um ordinalskalierte Daten handelt, wird durch *Likelihood Ratio* zunächst überprüft, ob überhaupt eine signifikante Verteilungsstruktur vorliegt. Ist dies der Fall, gibt *Kendall's Tau-b* (Value) Aufschluß über Richtung und Stärke (> 0,5: sehr starker Zusammenhang) der Korrelation. In beiden Fällen ist mit einer Fehlerwahrscheinlichkeit von 5% von einem signifikanten Zusammenhang zu sprechen, wenn der Wert (Significance) < 0,05 beträgt. Folgendes läßt sich beobachten:

BDP Sind die befragten Bauern mit den

Aktivitäten des BDP vertraut?

by ANBAUSYSTEM Haben die befragten Bauern inner-

halb der letzten zehn Jahre ihr An-

bausystem geändert?

	А					
		Ja -1 Nein - 2				
				Total		
	Ja - 1	164	34	198		
BDP				87 ,6		
	Nein - 2	9	19	28		
				12,4		
	Column	173	53	226		
	Total	76,5	23,5	100,0		

<u> Chi - Square</u>	<u>Value</u>	<u>DF</u>	Significance
Pearson	35,10556	1	,00000
Continuity Cor-			
rection	32,33889	1	,00000
Likelihood Ratio	29,42222	1	,00000
Linear-by-Linear			
Association	43,95022	1	,00000
Fisher's Exact			
Test			
One-Tail			,00000
Two-Tail			,00000
Minimum Expected			
Frequency	6,566		
<u>Statistic</u>	<u>Value</u>	ASE1	<u>Approximate</u>
			<u>Significance</u>
Kendall's Tau-b	,39412	,07495	,00002

Number of Missing Observations : 13

Mit einem Wert von Null (Significance) signalisiert *Likelihood Ratio* zunächst lediglich, daß eine signifikante Verteilungsstruktur vorliegt. *Kendall's Tau-b*, ebenfalls einen signifikanten Zusammenhang ausweisend, gibt Aufschluß über Richtung und Stärke der zu beobachtenden Korrelation: Der positive Wert (Value = 0,39412) kann dahingehend interpretiert werden, daß Bauern, die mit den Aktivitäten des BDP vertraut sind, in den vergangenen zehn Jahren eher ihr Anbausystem geändert haben, als solche, die nicht über die Anstrengungen des BDP informiert sind. Dies könnte möglicherweise auch als Zeichen der Akzeptanz der BDP-Aktivitäten durch die ansässige Bevölkerung gewertet werden⁸². Da das BDP also bemüht ist, die lokalen Bauern zu animieren, ihre Anbaumethoden in Form von Veränderungen zu verbessern, erscheint es aufschlußreich zu überprüfen, wie groß der Anteil derer ist, die innerhalb der letzten zehn Jahre dieser Anregung entsprochen haben. Mehr als ¾ der Befragten erklären, sie hätten in diesem Zeitraum Änderungen an ihrem Anbausystem vorgenommen:



Die in diesem Zusammenhang jedoch entscheidende Frage nach der wirklichen Nützlichkeit von Veränderungen im Anbausystem soll nun ebenfalls in Form einer bivariaten Kontingenztabelle analysiert werden. Hierbei wird überprüft, ob diese Veränderungen mit einer Verbesserung des Lebensstandards der Bauern einhergehen. Folgende statistische Übersicht ergibt sich:

vertieft werden soll.

⁸² Um dies mit endgültiger Sicherheit sagen zu können, müßten weitere statistische Untersuchungen in Form von Pfadanalysen durchgeführt werden, was jedoch an dieser Stelle nicht

LEBENSSTANDARD Hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre der Lebensstandard der befragten Bauern verbessert?

by ANBAUSYSTEM Haben die befragten Bauern innerhalb der letzten zehn Jahre ihr Anbausystem geändert?

	Α			
		Ja -1	Row	
				Total
	Ja - 1	101	26	127
LEBENS-				70,2
STANDARD	Nein - 2	34	20	54
				29,8
	Column	135	46	181
	Total	74,6	25,4	100,0

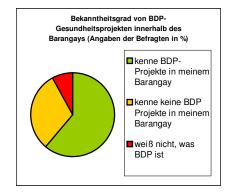
<u> Chi - Square</u>	<u>Value</u>	<u>DF</u>	<u>Significance</u>
Pearson	5,48462	1	,01918
Continuity Cor-			
rection	4,64555	1	,03113
Likelihood Ratio	5,26010	1	,02182
Linear-by-Linear			
Association	5,45431	1	,01952
Fisher's Exact			
Test			
One-Tail			,01689
Two-Tail			,02507
Minimum Expected			
Frequency	13,724		

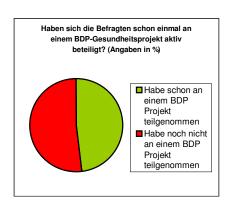
<u>Statistic</u>	<u>Value</u>	ASE1	<u>Approximate</u>
			<u>Significance</u>
Kendall's Tau-b	,17407	,07792	,02849

Number of Missing Observations: 58

Likelihood Ratio weist mit einem Wert (Significance = 0,02182) von "knapp kleiner als 0,05" auf eine gerade noch signifikante Verteilungsstruktur hin. Kendall's Tau-b verdeutlicht einen immer noch signifikanten positiven Zusammenhang, der allerdings im Vergleich zu obiger Korrelationsanalyse deutlich geringer ausfällt. Offensichtlich geht die Verbesserung des Lebensstandards der Bauern zwar durchaus auch mit einer Veränderung der Anbaumethoden einher, jedoch ist ebenfalls davon auszugehen, daß der Lebensstandard noch durch eine Reihe anderer Komponenten beeinflußt wird. Diese Tatsache verdeutlicht, wie wichtig eine diversifizierte Entwicklungsstrategie ist, der das BDP in Form von sechs unterschiedlichen Schwerpunkten (den verschiedenen KRAs) durchaus gerecht zu werden scheint. Wie sich die Rolle des BPD im Themenbereich "Gesundheit" gestaltet, wird im folgenden untersucht.

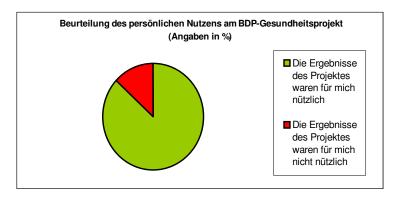
Zunächst soll dabei neben dem Bekanntheitsgrad von BDP-Gesundheitsprojekten auch die Teilnahmeaktivität der lokalen Bevölkerungen an diesen untersucht werden. Darüberhinaus ist von Bedeutung, wie von den Teilnehmern der qualitative Output der Projekte bewertet wird:





Über 60% der Befragten erklären, sie hätten Kenntnis von mindestens einem BDP-Projekt in ihrem *Barangay*, knapp die Hälfte von diesen habe sich auch schon aktiv an solchen beteiligt. Diese auf den ersten Blick positiv anmutenden Angaben werden relativiert, wenn verdeutlicht wird, daß insgesamt im Durchschnitt nur rund 29% der *Barangay*bewohner sich in der Vergangenheit an diesen Projekten beteiligten⁸³.

Worin liegen die Ursachen für diese Zurückhaltung? Offensichtlich nicht in einer mangelnden Qualität der Projekte, da fast 90% derer, die bereits an einem Projekt teilgenommen haben, die Nützlichkeit dieser bestätigen:



Diese Einschätzung wird nochmals durch Auftreten einer signifikanten und ausgesprochen starken Korrelation zwischen der Beteiligung der Menschen an BDP-Gesundheitsprojekten und einer Verbesserung des Gesundheitszustandes ihrer Familien unterstrichen:

GESUNDHEIT	Aktueller Gesundheitszustand der Fami-					
	lie im Ver	gleich	zu dem	vor	fünf	Jah-
	ren					
by TEILNAHME	Teilnahme	der	Befragt	en	an	BDP-
	Projekten	zur Ver	besseru	ng d	er Ge	sund-
	heit inner	halh de	r letzt	en fi	ünf 1	ahre

⁸³ Durchschnittlich 61% der Befragten kennen BDP-Gesundheitsprojekte in ihrem *Barangay*, 48% von diesen haben bereits an einem Projekt teilgenommen. \Rightarrow 0,61 x 0,49 = 0,293

71

	TEINAHME			
	Ja -1 Nein -			Row
			2	Total
	Ja - 1	77	44	121
GESUNDHEIT				67,6
	Nein - 2	5	53	58
				32,4
	Column	82	97	179
	Total	45,8	54,2	100,0

<u>Chi - Square</u>	<u>Value</u>	<u>DF</u>	<u>Significance</u>
Pearson	47,80284	1	,00000
Continuity Cor-			
rection	45,61233	1	,00000
Likelihood Ratio	54,19558	1	,00000
Linear-by-Linear			
Association	47,53578	1	,00000
Fisher's Exact			
Test			
One-Tail			,00000
Two-Tail			,00000
Minimum Expected			
Frequency	36,570		
<u>Statistic</u>	<u>Value</u>	ASE1	<u>Approximate</u>
			<u>Significance</u>
Kendall's Tau-b	,51677	,05492	,00000

Number of Missing Observations : 76

Likelihood Ratio weist auch in diesem Beispiel mit einem Wert (Significance) von Null auf eine eindeutig signifikante Verteilungsstruktur hin. Kendall's Tau-b (Value: 0,51677), ebenfalls den signifikanten Zusammenhang bestätigend, verdeutlicht die positive Richtung der Korrelation und deren Stärke, die mit einem Wert (Value) > 0,5 als sehr deutlich angesehen werden muß. Bezogen auf die Thematik ist dies dahingehend zu interpretieren, daß - im Hinblick auf die vergangenen fünf Jahre - ein deutlicher signifikanter Zusammenhang zwischen der Teilnahme der Befragten an den BDP-Gesundheitsprojekten und der Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Familie besteht. Aufgrund dieser Ergebnisse kann nahezu ausgeschlossen werden, daß die nur vereinzelte Teilnahme der Menschen an diesen Projekten in einem niedrigen quantitativen Output dieser begründet ist. Da diese Anstrengungen des BDP im Gegenteil ausgesprochen positive Auswirkungen auf die Lebensqualität der Teilnehmenden zu haben scheinen, muß eher davon ausgegangen werden, daß mangelnde Kenntnisse über deren Existenz im allgemeinen bzw. über die eindeutige Nützlichkeit dieser im speziellen für die nur verhältnismäßig geringe Beteiligung hauptverantwortlich sind. Das BDP sollte dieser Tendenz in Form von einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit entgegenwirken.

4. <u>Ergebnis</u>: Trotz des entscheidenden Beitrags des BDP zu der zu beobachtenden Verbesserung des Lebensstandards der im Erhebungsgebiet ansässigen Menschen sind weiterreichende Maßnahmen erforderlich

Die exemplarisch dargestellten Erhebungsergebnisse der KRA 4 und 5 lassen insgesamt nicht nur auf einen in den letzten Jahren deutlich verbesserten Lebensstandard der im Untersuchungsgebiet ansässigen Menschen schließen, sondern verdeutlichen auch den positiven und effizienten Einfluß des BDP auf diese Veränderungen. Als Ergebnis muß daher die Nullhypothese

 H_0 = Es sind durch die Aktivitäten des BDP keine Veränderungen in der Lebensqualität der in den untersuchten *Municipalities* lebenden Menschen festzustellen.

verworfen werden. Dies muß eindeutig als Erfolg des regionalen Entwicklungsprojektes auf der Bondoc-Halbinsel gewertet werden.

Ob die im Adjusted Plan of Operation for Phase III vorgegebenen Zielsetzungen erreicht wurden, ist aufgrund der bereits beschriebenen Defizite bei der Stichprobenziehung während des Impact Assessment schwierig zu beurteilen.

Zumindest die Ergebnisse der KRA 5 (Preventive Health Care Services) lassen auf eine erfolgreiche Umsetzung der vom Projekt ausgegebenen Ziele schließen. Im Bereich der KRA 4 (Sustainable Ressource Management) sollte allerdings auch auf die aus der starken Bödenverschlechterung resultierenden Probleme der Bauern hingewiesen werden, die jedoch im Augenblick noch erfolgreich durch den gezielten Einsatz von Dünger kontrolliert werden können.

Welche Lösungen böten sich für die Zukunft in diesem Kontext an? Wird angenommen, daß der permanente Trockenfeldbau als Anbauform aufrecht erhalten werden soll, würde sich das Konzept der **agroforstlichen Landnutzung** eignen, ein integriertes System gleichzeitiger Nutzung von Forstwirtschaft, Ackerbau und Kleinviehhaltung in einem identischen Bereich. LACHENMANN (1990, S. 241ff.) weist auf die entscheidenden Vorteile dieser Strategie hin: Baumpflanzungen inmitten der Felderwirtschaft könnten zu einer entscheidenden Verminderung von Erosion führen. Obwohl BOGUSLAWSKI (2000) im Interview mit dem Verfasser unterstreicht, es würden bereits im Rahmen der Projektaktivitäten insbesondere in den stark erosionsgefährdeten südlichen *Municipalities* derartige Anstrengungen unternommen werden, scheinen diese aufgrund der Ergebnisse des *Impact Assessment* in Zukunft noch deutlich forciert werden zu müssen. Die Verantwortung liegt dabei allerdings nicht nur beim BDP, sondern auch bei den lokalen Bauern, die eine Bereitschaft für Veränderungen signalisieren müssen.

Eine weitere Lösung des Erosionsproblems könnte sich durch eine radikale Veränderung des Anbausystems ergeben. Während der permanente Trockenfeldbau in den humiden Tropen als unangemessen, unproduktiv und ökologisch bedenklich eingestuft werden muß, eignet sich der Bewässerungsfeldbau für diese klimatischen Bereiche ungleich besser. Er ist laut SCHOLZ (1998, S. 97)

für die feuchten Tropen deshalb so attraktiv, weil die wichtigste Voraussetzung - Wasser - in keiner anderen Klimazone der Erde so reichlich und konstant zur Verfügung stehe wie dort. Sein besonderer Vorteil liege nicht nur in der "überragenden Flächenproduktivität", auch trage die Bewässerung maßgeblich zur Unkrautkontrolle bei und "reduziert ... die Erosion auf ein Minimum".

Der Grund, weshalb diese sinnvolle und im eigentlichen Sinne notwendige Änderung auf der Bondoc-Halbinsel kaum zu beobachten ist, dürfte im immensen Erschließungs- und Unterhaltsaufwand der Bewässerungssysteme liegen. In Anbetracht der Tatsache, daß der für die Entwicklungszusammenarbeit vorgesehene Etat der Bundesregierung aufgrund der generellen Einsparungstendenzen in Zukunft eher ab- als zunehmen wird, ist mit einer Implementierung dieses Vorschlags in absehbarer Zukunft realistischerweise nicht zu rechnen. KOHLMEYER (1989, S. 85) weist auch auf kostengünstigere Verbesserungsmöglichkeiten hin. So lägen auf der Bondoc-Halbinsel "erhebliche Entwicklungspotentiale", die schon durch einfache Managementmaßnahmen im Bereich der Inputversorgung genutzt werden könnten. Logistische Verbesserungen bei der Versorgung mit Saatgut oder die rechtzeitige Belieferung mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln stellten in diesem Zusammenhang Alternativen dar.

Teil III: Anspruch und Realität: Analyse des Regionalprojektes unter den Gesichtspunkten aktueller Leitlinien der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

1. Konzept der *Globalen Strukturpolitik* als Grundlage des Regionalprojekts?

Zu Beginn der Überlegung muß hervorgehoben werden, daß die Projektaktivitäten auf der Bondoc-Halbinsel in etwa zu der Zeit begannen, als sich in der Diskussion über Strategien der Entwicklungspolitik das Konzept der *Globalen*

Strukturpolitik manifestierte. Dies scheint im Hinblick auf die nahezu zeitgleich auftretenden Veränderungen auf der politischen Ebene der Philippinen besonders bemerkenswert zu sein. Während das Land bis Mitte der 80er Jahre noch von dem Diktator FERDINAND MARCOS regiert wurde, begannen sich in den Folgejahren erstmals ernsthafte Demokratisierungsbestrebungen durchzusetzen, was HAUB (2000, S. 14) veranlaßt, in diesem Zusammenhang sogar den Ausdruck "Revolution" zu gebrauchen.

Gleichzeitig handelt es sich bei den Philippinen um einen Staat, der im Vergleich zu den meisten anderen Ländern in Südostasien einen niedrigeren Entwicklungsstand aufzeigt. So bezeichnet GEBHARDT (2000, S. 12) die allgemeine Entwicklung der Philippinen als "allenfalls bescheiden" und weist darauf hin, daß breite Bevölkerungsschichten in persistenter Armut lebten. Die Weltbank (2000) betont zusätzlich, die gravierenden Probleme würden vor allem in ländlichen Gebieten auftreten.

Werden nun die Voraussetzungen vergegenwärtigt, denen ein Land entsprechen muß, um im Rahmen der *Globalen Strukturpolitik* besondere Berücksichtigung zu finden, können die Philippinen als prädestiniertes Beispiel aufgeführt werden:

Die innerhalb der *Good Governance* Diskussion geforderten demokratischen Strukturen scheinen auf den Philippinen ebenso vorhanden zu sein, wie deutliche Dezentralisierungsbestrebungen, die den einzelnen Distrikten, *Municipalities* und *Barangays* größere Partizipationsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen und einen stärken Einfluß auf ihre eigenen Entwicklungsstrategien ermöglichen.

Daß darüberhinaus die Philippinen neben Indonesien zu den ärmsten Staaten Südostasiens gehören, gilt als weiteres Argument dafür, weshalb dieses Land verstärkte Aufmerksamkeit der Initiativen internationaler Entwicklungszusammenarbeit erlangte. Auch die im Rahmen der *Globalen Strukturpolitik* geforderte verstärkte Fokussierung auf umweltpolitische Aspekte erscheint im Hinblick auf die Philippinen von besonders großer Notwendigkeit zu sein. Neben der Tatsache, daß auf den Philippinen fast kein tropischer Regenwald im Primärzustand vorhanden ist (BOGUSLAWSKI 2000; HAUB 1999; SCHOLZ

2000), weist GEBHARDT (2000, S. 12) explizit auf das Problem der "fortschreitenden Umweltdegradierung" hin. Auch die im *Impact Assessment* festgestellte Problematik der stark zunehmenden Bodenerosion landwirtschaftlich genutzter Flächen wird im Hinblick auf die katastrophalen Auswirkungen für Menschen (Ernteausfälle) und Natur (Bodendegradation) die Notwendigkeit verdeutlichen, entwicklungspolitische Bemühungen im Rahmen der *Globalen Strukturpolitik* auch zukünftig aufrechtzuerhalten.

Neben diesen wichtigen Voraussetzungen scheint sich das regionale Entwicklungsprojekt auch selbst an den Leitlinien der Globalen Strukturpolitik zu orientieren. Die starke Fokussierung auf umweltpolitische Aspekte in Form eines nachhaltigen Ressourcenmanagements (vgl. KRA 3 und 4) kann darüberhinaus um einen weiteren Grundsatz der Globalen Strukturpolitik ergänzt werden, daß nämlich gegenwärtige Entwicklungshilfe in Form einer internationalen Zusammenarbeit erfolgen sollte⁸⁴. Dieser Leitlinie wird in dem Regionalprojekt auf der Bondoc-Halbinsel vorbildlich entsprochen. Neben einigen Experten aus verschiedenen Industriestaaten setzt sich die Mehrheit der Beschäftigten aus einheimischen Kräften bzw. aus Sachverständigen anderer Entwicklungsländer zusammen. Auch wird auf die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen große Rücksicht genommen, da sie nicht nur in Entscheidungsprozesse aktiv mit eingebunden werden, sondern auch die Möglichkeit besitzen, im regelmäßigen und engen Kontakt zu den Beschäftigten des Entwicklungsprojektes zu stehen. So übernehmen beispielsweise die vom Projekt angestellten DIA⁸⁵, oft Philippinos, die schon seit längerer Zeit auf der Bondoc-Halbinsel leben und deshalb mit den Menschen besonders vertraut sind, speziell die Aufgabe, für eine reibungslose Kommunikation zwischen den Zielgruppen und den Projektverantwortlichen zu sorgen.

Dem vor allem zu Beginn der achtziger Jahre regelmäßig artikulierten Vorwurf, Entwicklungshilfe sei aufgrund der zu hohen Anzahl westlicher Mitarbei-

⁸⁴ vgl.: S. 31f.

⁸⁵ Development Interaction Assistent

ter Teil eines "Kulturimperialismus", kann zumindest im Hinblick auf dieses deutsch-philippinische Entwicklungsprojekt keinesfalls entsprochen werden.

Hieraus resultiert das **Ergebnis**, daß zunächst die Eigenschaften und Gegebenheiten der Philippinen in idealer Form den in der *Globalen Strukturpolitik* definierten Voraussetzungen und Eignungskriterien entsprechen, eine Entwicklungszusammenarbeit zu initiieren und aufrechtzuerhalten. Auch dem regionalen Entwicklungsprojekt selbst liegt das Konzept der *Globalen Strukturpolitik* zugrunde.

2. Gewährleistung einer nachhaltigen regionalen Entwicklung (Sustainable Development) durch das BDP-Projekt?

Zweifelsfrei haben die bisherigen Anstrengungen des BDP auf der Bondoc-Halbinsel zur deutlichen Verbesserung der Grundbedürfnisbefriedigung der ansässigen Menschen beigetragen. Etwas komplexer gestaltet sich die Bewertung des Anspruches einer nachhaltigen Entwicklung.

In diesem Zusammenhang ist zunächst eindeutig zu konstatieren, daß das Engagement der Projektaktivitäten um eine nachhaltige Entwicklung bemüht ist. Dies spiegelt sich in der unmißverständlich definierten Auffassung wider, eine Entwicklungszusammenarbeit dürfe keine dauerhafte Einrichtung sein (BDP 1998a). Nach einer festgelegten zeitlichen Frist müsse es den ansässigen Menschen durch die geleisteten Projektaktivitäten möglich sein, die initiierte Entwicklung zukünftig auch alleine fortzusetzen. Dadurch wird das Bemühen verdeutlicht, einen langfristig andauernden und erfolgreichen Beitrag für eine Verbesserung des Lebensstandards gegenwärtiger und künftiger Generationen zu leisten. Auch wird die dem Nachhaltigkeitsanspruch zugrundeliegende Einstellung der Verantwortlichen des Entwicklungsprojektes deutlich, "sich in absehbarer Zeit selbst für die betroffene Region überflüssig zu machen" (CHRISTIANSEN 2000). In der PPM⁸⁶ des BDP läßt sich ergänzend der eindeutige Wille erkennen, sämtliche praktischen Aktivitäten dem Kriterium der Nachhaltigkeit zugrunde zu legen. Dies zeigt sich neben den in dieser Studie

-

⁸⁶ Project Planning Matrix

analysierten KRA 4 und 5 auch in allen weiteren. So werden beispielsweise im Rahmen der KRA 6 Unternehmensgründungen zur langfristigen Existenzsicherung unterstützt bzw. in der KRA 2 den Menschen bei der Implementierung agrarischer Reformbestrebungen geholfen, zukünftig selbst Landbesitzer zu werden.

Der projektspezifische Anspruch von Nachhaltigkeit reicht somit weit über die in der aktuellen Fachliteratur verstärkt geforderten ökologischen Aspekte hinaus. Seitens der Projektverantwortlichen wird - ohne die Wichtigkeit ökologischer Komponenten im mindesten anzweifeln zu wollen - zurecht erkannt, daß sich Entwicklungsstrategien auch in irgendeiner Form für die betroffenen Menschen in den Entwicklungsländern aus ökonomischer Sicht bezahlt machen müssen, da sie ansonsten zum Scheitern verurteilt sind und kaum mehr darstellen als den überheblichen Versuch, den betroffenen Menschen "von außerhalb" vorzuschreiben, was angeblich für alle am besten ist.

Die im Rahmen des *Impact Assessment* erhobenen Daten verdeutlichen allerdings auch die Schwierigkeit einer adäquaten Umsetzung dieser noch vielfach theoretischen Ansprüche in der Realität. Während im Bereich der Gesundheitsvorsorge deutliche Verbesserungen in der Praxis zu beobachten sind, müssen die Entwicklungen der KRA 4 differenzierter betrachtet werden: Zwar kann auch hier die Verbesserung des Lebensstandards bei knapp der Hälfte der befragten Bauern als ein zum Optimismus veranlassender Indikator interpretiert werden, allerdings sind die schwerwiegenden Probleme der massiven Verschlechterung der Böden und die starke Zunahme von Erosionserscheinungen ein überaus alarmierendes Signal. Hierbei muß bezweifelt werden, ob der verstärkte Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden auch in Zukunft ausreicht, die landwirtschaftlichen Erträge in Quantität und Qualität aufrechtzuerhalten, um eine verheerende Destabilisierung der ländlichen Produktions- und Sozialsysteme zu vermeiden.

Allgemein sollte aber auch nicht der Fehler unterlaufen, Schwierigkeiten in einzelnen Komponenten überzubewerten. In Anbetracht der Komplexität der Herausforderung wird offensichtlich, daß nachhaltige Veränderungen nur in einem ausgedehnten Zeitraum erfolgen können. Entscheidend ist, daß nicht nur

möglichst kurzfristig adäquate Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, sondern daß auch seitens der Projektleitung permanent versucht wird, die eigenen Aktivitäten zu perfektionieren. Als Beispiel für das Vorhandensein dieser Geisteshaltung ist auch die Initiative zur Durchführung eines *Impact Assessment* zu werten, das über weitere Verbesserungsmöglichkeiten Aufschluß gibt.

Teil IV: Abschlußbetrachtungen

1. Zusammenfassung und Gesamtergebnis

Im Hinblick auf die Motive westlicher Staaten, Entwicklungshilfe zu leisten, nehmen aufgrund der marktwirtschaftlichen Philosophie ökonomische Komponenten einen hohen Stellenwert ein: Es werden dort Investitionen geleistet, wo zumindest die Möglichkeit besteht, daß diese im Laufe der Zeit mit Gewinnen wieder zurückfließen. Neben der Überzeugung, aus moralischen Gründen verpflichtet zu sein, ärmeren Menschen zu helfen, spielten vor allem in der Zeitperiode des *Kalten Krieges* geostrategische Interessen eine wichtige Rolle in der Entwicklungspolitik.

In der aktuellen Diskussion über Ziele der Entwicklungshilfe manifestiert sich zunehmend die Auffassung, daß sich der Nutzen für die Industriestaaten nicht zwangsläufig in einer Maximierung finanzieller Mittel oder in der Schaffung neuer Absatzmärkte niederschlagen muß. SPRANGER (1995) erklärt diesbezüglich im Geleitwort der Informationsbroschüre der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Entwicklungspolitik sei eine ...

"...konkrete Politik der Zukunftssicherung zum Wohle der Menschen". Es sei das wirksamste praktische Mittel der Politik, um Frieden zu sichern und die großen Risiken für unsere gemeinsame Zukunft aufzufangen." Ohne es explizit auszusprechen, steht hinter diesen Worten eine Angst, die in zunehmendem Maße westliche Entwicklungspolitik steuert. Die "großen Risiken für unsere gemeinsame Zukunft" sind vor allem auch ein euphemistischer Ausdruck für die Angst vor einer immer stärker werdenden Migration von den Entwicklungs- zu den Industrieländern und vor global auftretender Umweltverschmutzung, die den sozialen Frieden und den **eigenen** Wohlstand mittel- und langfristig gefährden würden.

Ebenso wie bei der sich ändernden Interessenlage der Industriestaaten, Entwicklungshilfe zu leisten, ist auch im Hinblick auf die damit verbundenen Entwicklungsstrategien der fundamentale Wandel hervorzuheben, der in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Während bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts die von LEWIS geprägte Auffassung dominierte, eine erfolgreiche Entwicklung könne ausschließlich aus ökonomischem Wachstum resultieren, fand in der Folgezeit eine emphatische Abkehr von diesem Entwicklungsansatz statt. Die ärmsten Bevölkerungsteile der Entwicklungsländer sollten von nun an direkt von der Entwicklungshilfe profitieren, indem ihre elementaren Grundbedürfnisse befriedigt werden. Dieses Bestreben wurde unter dem Begriff Bedürfnisorientierte Entwicklungsstrategie zusammengefaßt.

Im wesentlichen divergieren aktuelle Entwicklungsstrategien dahingehend, daß sie nicht mehr nur das Entwicklungsland selbst ins Zentrum der Betrachtung stellen, sondern vor allem globale Aspekte stärker berücksichtigen. Die Hauptkomponente dieser *Globalen Strukturpolitik* ist das Prinzip des *Sustainable Development*, der Versuch, eine Konkordanz zwischen der langfristigen Grundbedürfnisbefriedigung ärmster Bevölkerungsteile auf der einen und einen effizienten Umweltschutz auf der anderen Seite zu erreichen. Als unabdingbare Voraussetzungen dafür werden in der Fachliteratur vielfach demokratische Strukturen in den Entwicklungsländern gesehen.

Was bleibt also als Gesamtergebnis festzuhalten? Die aktuelle Diskussion über Ziele und Strategien internationaler Entwicklungszusammenarbeit spiegelt im wesentlichen die sinnvollen und richtigen Erkenntnisse wider, daß sich ...

- ... der "reiche Norden" im Zeitalter der Globalisierung auf Dauer nicht mehr von dem armen Süden isolieren kann;
- ... die Industriestaaten aufgrund dieser Tatsache bemühen müssen, die Entwicklungsländer so zu unterstützen, daß auch der eigene Wohlstand mittel- und langfristig nicht durch die Armut einer überwältigenden Mehrheit von Menschen gefährdet ist;
- ... durch eine Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit auch für die Industriestaaten lohnende ökonomische Potentiale erschließen lassen:
- … für alle Länder der Welt, insbesondere aber auch für die Industriestaaten, im Hinblick auf die bereits angespannte ökologische Situation keine Alternativen bezüglich tiefgreifender Veränderungen ergeben.

Es ist von ausgesprochener Wichtigkeit und ein erster Schritt für umgreifende Veränderungen der Entwicklungspolitik, daß sich diese Erkenntnis mittlerweile in der Auffassung vieler Industriestaaten manifestiert hat.

Darüberhinaus, und dies ist ebenfalls ein sehr positives Merkmal, scheinen einzelne regionale Entwicklungsprojekte - auf das Beispiel des philippinischen Regionalprojektes sei hier erneut verwiesen - durchaus in der Lage zu sein, die anspruchsvollen theoretischen Forderungen nach einer nachhaltigen Entwicklung größtenteils erfolgversprechend in die Praxis umzusetzen.

Das Ergebnis dieser Studie kann deshalb dahingehend formuliert werden, daß eine eindeutige Kohärenz zwischen dem theoretischen Konstrukt aktueller Leitlinien westlicher Entwicklungspolitik (also der Strategie der *Globalen Strukturpolitik*) und deren praktischen Umsetzung im untersuchten Regionalprojekt auf der Bondoc-Halbinsel, Philippinen, festgestellt werden kann.

Daß allerdings eine nur ausgesprochen geringe Übereinstimmung zwischen den theoretischen Konzepten der *Globalen Strukturpolitik* und deren Implementierung auf der Makroebene zu beobachten ist, soll an dieser Stelle keinesfalls verschwiegen werden. Dieses fundamentale Defizit zu beheben wird eine der großen Herausforderungen der Menschheit in der Zukunft sein.

2. Ausblick

Obwohl eine durchaus positive Entwicklung beim untersuchten philippinischen Regionalprojekt zu beobachten ist, stellt sich die Frage, ob solche einzelnen und auf wenige Regionen beschränkten Projekte mehr zu erreichen vermögen als der berühmte "Tropfen auf dem heißen Stein". Auf überregionaler Ebene nämlich hat das Konzept der *Globalen Strukturpolitik* nach dem Scheitern der Klimakonferenz von *Den Haag* im November 2000 erneut an Glaubwürdigkeit verloren. Gescheitert ist diese Initiative zu einem engagierteren Umweltschutz nicht etwa, weil die Entwicklungsländer die im Grunde berechtigte Forderung artikuliert haben, ihr Lebensstandard solle sich dem westlicher Industriestaaten anpassen, sondern weil letztere sich nicht durch Umweltschutzbestimmungen einschränken lassen wollten.

Fest steht, daß die Hoffnungen auf eine engagierte und verantwortungsvolle globale Umweltpolitik dadurch erneut einen schweren Rückschlag erlitten haben. Einige Industriestaaten, im Hinblick auf die Konferenz von *Den Haag* insbesondere die Vereinigten Staaten, aber auch Kanada und Japan, sind offensichtlich noch nicht einmal gewillt, sich an die Vereinbarungen des vorangegangenen Klimagipfels von *Kyoto* zu halten.

Der Verdacht liegt nahe, daß die Idee einer Globalen Strukturpolitik von diesen Staaten nur so lange gefordert wird, wie Entwicklungsländer für eine unzureichende Umsetzung verantwortlich gemacht und sanktioniert werden können. Gilt es, selbst eine Vorbildfunktion einzunehmen, schwindet das globale Verantwortungsbewußtsein schnell. Der Vorschlag der Delegierten der Vereinigten Staaten während der Umweltkonferenz in Den Haag, man solle den erlaubten Schadstoffausstoß doch zukünftig am Vorhandensein von Wäldern der einzelnen Länder orientieren, da diese in der Lage seien, die Luftverschmutzung zu kompensieren, muß eindeutig als Versuch gewertet werden, den Status Quo langfristig aufrechtzuerhalten. Die Implementierung eines solchen Vorschlags

würde die USA aufgrund der großen eigenen Waldbestände massiv bevorteilen, während beispielsweise die Entwicklungsländer der ariden Gebiete unverhältnismäßige Einschränkungen auferlegt bekämen. Daß darüberhinaus durch eine solche - den Nationalstaat in den Mittelpunkt stellende - Forderung der Versuch, globale Lösungsstrategien zum Umweltschutz zu entwickeln, vollständig zunichte gemacht wird, verdeutlicht erneut die Verantwortungslosigkeit einiger Staaten bezüglich dieses Themas.

In Anbetracht der Tatsache, daß auf der Makroebene eine ernsthafte Umsetzung der Ideen der *Globalen Strukturpolitik* aus diesen nur exemplarisch dargestellten Gründen bezweifelt werden muß, stellt sich mittlerweile eindeutig die Frage nach der Ernsthaftigkeit dieses Konzeptes.

Trotz dieses zum Pessimismus veranlassenden Sachverhaltes soll nicht versäumt werden, auf einige Überlegungen hinzuweisen, die abermals explizit unterstreichen, daß insbesondere auch die Industriestaaten von einer deutlich engagierteren Entwicklungspolitik profitieren würden. Dabei soll eine Idee skizziert werden, an der sich zukünftige Entwicklungen orientieren könnten⁸⁷. In der Fachliteratur besteht weitestgehend Einigkeit im Hinblick auf die Tatsache, daß eine globale Anpassung des Lebensstandards an das gegenwärtige westliche Niveau derart katastrophale Folgen hätte, daß ein Fortbestehen menschlichen Lebens im höchsten Maße gefährdet wäre. Nun darf genau aus diesem Sachverhalt nicht die Auffassung resultieren, die Industriestaaten sollten in Zukunft bestrebt sein, den Entwicklungsprozeß in den Staaten der *Dritten Welt* zu verlangsamen oder gar zu stoppen, um sich selbst nicht einschränken zu müssen. Eine solche Forderung würde nicht nur sämtlichen Ansprüchen aufgeklärter Nationen zuwiderlaufen, sondern auch zukünftige Konflikte zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden forcieren, die aus mittel- und

⁻

⁸⁷ Es versteht sich von selbst, daß diese Vorstellungen nicht "völlig frei von Utopien" sein können, ebensowenig erheben sie Anspruch auf Vollständigkeit. Daß für eine Umsetzung dieser Überlegungen eine Veränderung der Geisteshaltung vieler Menschen unabdingbar ist, mag als naiv gewertet werden. Diese Kritik nehme ich auf mich. Eine vollkommene Abkehr von Utopien ist nach meiner Überzeugung zwangsläufig mit einer Kapitulation gegenüber den existierenden Problemen verbunden.

langfristiger Sicht auch für eine drastische Verminderung des Lebensstandards der Industriestaaten verantwortlich wären.

Eine ausgeglichene Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Industrieund Entwicklungsländern erscheint daher eine vernünftige Möglichkeit zu sein,
in Zukunft ein friedliches Zusammenleben und sogar das globale Überleben zu
sichern - die größte Verantwortung liegt dabei eindeutig bei den Industrieländern. Die einzige praktikable Lösung kann nur in Form einer von den westlichen Staaten initiierten Umverteilung zu finden sein, die ich mit dem Begriff
"globaler Lastenausgleich" bezeichnen möchte. Beispielsweise nach dem Vorbild des Länderfinanzausgleichs im föderativen System muß sich ein ehrliches
Interesse in den Industriestaaten entwickeln, zum nachhaltigen Umweltschutz
und zu einer erfolgreichen Armutsbekämpfung weltweit beizutragen. Auch ein
sich am Einkommen orientierender "Solidaritätszuschlag" eines jeden Erdenbürgers wäre denkbar, um diese Zielsetzung zu verwirklichen. Kurzfristig wird
der Lebensstandard in den Industriestaaten zwar stagnieren bzw. etwas abnehmen, dafür wäre er dann auf diesem Niveau längerfristig haltbar.

Dabei muß selbstverständlich gewährleistet sein, daß die transferierten Gelder und die geleisteten Anstrengungen in den Entwicklungsländern zielgerichtet, unbürokratisch und im Sinne der Nachhaltigkeit sinnvoll eingesetzt werden. Hierbei sind die Regierungen und vor allem die Menschen dieser Länder ebenso gefordert wie eine massiv gestärkte supranationale Organisation, z.B. die *Vereinten Nationen*, die in der Lage ist, die Vorgänge zu koordinieren und zu kontrollieren. Genauso wie die Regierungen der Industrieländer ihre Ambitionen einstellen müssen, jegliches Verhalten einem kurzfristigen ökonomischen Nutzen und politischem Kalkül unterzuordnen, dürfen die Entwicklungsländer nicht das Ziel verfolgen, durch "geschicktes Manövrieren" möglichst hohe Zuwendungen zu erhalten.

Wenn es schon nicht gelingt, die Industriestaaten von der drängenden Notwendigkeit einer fundamentalen Änderung ihrer Entwicklungspolitik mit dem Hinweis auf eine globale Verantwortung zu überzeugen, so ist es womöglich erfolgversprechender zu betonen, daß ein derartiger Wandel auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten lukrativ sein wird. Schon der Ökonom JOHN M.

KEYNES betonte - damals im Hinblick auf den Nationalstaat -, in kritischen Zeiten müsse die Regierung eingreifen, um die Binnennachfrage zu erhöhen. Dies habe dann wiederum eine höhere Produktion und damit eine geringere Arbeitslosigkeit zur Folge. Im Zeitalter der Globalisierung lassen sich in dieser Auffassung durchaus sinnvolle Parallelen zur Entwicklungspolitik erkennen. Wenn es durch die finanziellen Anstrengungen der Industriestaaten gelänge, den Lebensstandard in den Entwicklungsländern zu erhöhen, wenn die dort lebenden Menschen mehr Geld verdienten, Geld, das sie auch für Produkte der Industrieländer ausgeben könnten, dann eröffneten sich diesen nicht nur neue Absatzmärkte bezüglich klassischer Produkte, auch das viel diskutierte Problem der Arbeitslosigkeit in den Geberstaaten würde dadurch gelindert werden. Um den Anspruch der Nachhaltigkeit umzusetzen, entstünde zudem eine schadstoffreduzierenden globale Nachfrage nach Techniken und ressourcenschonenden Produkten, deren Ausmaße sich im Augenblick noch kaum überschauen lassen. Aufgrund der Marktführerschaft der Industriestaaten würde es insbesondere für diese ein immenses, weitgehend noch unerschlossenes ökonomisches Potential beinhalten. Auch die Industriestaaten profitierten - gleichermaßen im ökonomischen wie im ökologischen Sinn - von einer engagierteren Entwicklungszusammenarbeit!

Das Bemerkenswerte an diesen Vorstellungen ist, daß sie sich zumindest teilweise in den - auch in dieser Studie aufgezeigten - Diskussionen über Ziele und Nutzen einer internationalen Entwicklungszusammenarbeit widerspiegeln⁸⁸. Offensichtlich liegen die Probleme hauptsächlich im Fehlen einer konsequenten Umsetzung der vielfach richtigen und vernünftigen Erkenntnisse der gegenwärtigen Debatten.

Schließen möchte ich die Studie mit den Worten des Philosophen FRIEDRICH HEGEL, der einst die Vernunft als "Einsicht in die Notwendigkeit" definierte. Daß weitere fundamentale Änderungen in der westlichen Entwicklungspolitik von unumgänglicher und überaus drängender Notwendigkeit sind, erscheint in

⁻

⁸⁸ Beispielsweise die Idee des "globalen Lastenausgleichs" als wesentliches Element der gegenwärtig diskutierten (globalen) Strukturpolitik.

der heutigen Zeit offensichtlicher als je zuvor. Es bleibt im Interesse der gesamten Menschheit zu hoffen, daß sich die Einsicht in diese Notwendigkeit nicht nur in Worten, sondern vor allem auch in Taten äußert. Im Augenblick ist es bis zum Stadium der "Vernunft" noch ein weiter, wenngleich auch nicht hoffnungsloser Weg.

Anmerkungen zur Terminologie

Der Begriff Entwicklung wird von LACHMANN (1994, S. 14) folgendermaßen definiert: "The process of ... development can be seen as a process of expanding the capabilities of people". Ziel der Entwicklungspolitik ist es, einen Zustand, der allgemein als Unterentwicklung bezeichnet wird, zu verändern, indem ein dynamischer Prozeß in Gang gesetzt wird. Ein Mittel oder Instrument hierzu stellt die Entwicklungshilfe dar, die allerdings die Zielsetzung beinhaltet, moralische, ökonomische und ordnungspolitische Intentionen der Geberländer durchzusetzen (vgl.: KAISER 1988, S. 192ff.). Entwicklungszusammenarbeit gilt als Begriff, der zunehmend in der aktuellen Diskussion genutzt wird. Es soll damit eine Gleichberechtigung zwischen Industrie- und Entwicklungsland signalisiert werden. Zudem grenze er sich gegen Leistungen ab, die nach Marktbedingungen erfolgen oder nicht entwicklungskonform sind, z.B. Militärhilfe (vgl.: ENGELHARD 2000, S. 21). MEYER-EWERT (1999) definiert Globalisierung folgendermaßen: Sie sei "das grenzüberschreitende unternehmerische Engagement im Gefolge einer zunehmenden Mobilität der Produktionsfaktoren Kapital, Information und (hochqualifizierte) Arbeit." Die Begriffe westliche Staaten, der Norden und Industriestaaten werden im gleichen Kontext gebraucht. Sie umfassen im wesentlichen die USA, Kanada sowie Staaten Westeuropas.

Ich möchte darauf hinweisen, daß bei der Definition dieser Begriffe in der Fachliteratur kein Konsens besteht. Einige Autoren weisen beispielsweise zurecht auf die Problematik des Begriffes Entwicklung hin. Ökonomisch unterentwickelte Staaten können demnach sehr wohl kulturell hochentwickelt sein. LACHMANN (1994, S. 11) betont deshalb, "man habe sich auf ökonomische und soziale Kriterien festgelegt", um den Grad von Entwicklung zu erfassen. Auch unterliegt dieser Begriff einem zeitlichen Wandel, der in den Kapiteln 2 und 5 dieser Studie beschrieben ist.

<u>Abkürzungsverzeichnis</u>

- ARB Agrarian Reform Beneficiaries
- BDP Bondoc Development Program
- DIA Development Interaction Assistent
- GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
- ILO International Labour Office
- IWF Internationaler Währungsfond
- KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau
- KRA Key Result Area
- NAFTA North American Free Trade Agreement
- NPA New Peoples Army
- PPM Project Planning Matrix
- SMS Subject Matter Specialist
- WHO World Heath Organization
- ZOPP Zielorientierte Projektplanung

<u>Tabellen</u>

Tab. 1: Gliederung der Vorbereitungsphase

Date	Subjects	Responsibility	Purpose
Dec. 16. 1999	 Introduction into the Geography of the Bondoc Peninsula Introduction into mission Definition of PPM 	U. Scholz, O. Haub	First Introduction
Jan. 13. 2000	 Bondoc Development Program History First Objectives and Strategies Early Frame Conditions Present Plan of Operation (Phase III) Planning Method (ZOPP, Logical Framework) Objectives Strategies Outputs and Activities 	U. Scholz, Dr. M. v. Boguslaw- ski, O. Haub M. Feth	Introduction into BDP
Jan. 20. 2000	 Identification of Monitoring Indicators according to PPM Monitoring Indicators on goal and purpose level Monitoring Indicators on output level (KRAs) Elaboration of quantitative and qualitative assessment methods for indicator related achievements Indicators according to goal and purpose level Indicators according to KRA 	Prof. Dr. U. Scholz, Dr. M. v. Boguslaw- ski, O. Haub M. Feth	Introduction into mission / Presentation of PPM / Workshop: Development of questionnaire
Jan. 27. 2000	Presentation of a first draft- questionnaire for the qualitative and quantitative compilation of identified indicators for the evaluation of BDP's impact	Students	

Tab. 2: Gliederung der Evaluierungsphase auf der Bondoc-Halbinsel, Philippinen

<u>Date</u>	Subjects
Mar. 03.	Arrival in project area (Catanauan)
2000	
Mar. 0408.	Activities of the student working groups: development of ques-
2000	tionnaires and other survey material
Mar. 09.	Introducing seminar conducted by the BDP project manage-
2000	ment, introduction of BDP staff, counterparts and students from
	UP Los Banos
Mar. 1012.	Activities of the student working groups: Revision of question-
2000	naire
Mar. 13.	Workshop: Revision of design and contents of the questionnaire
2000	together with the Subject Matter Specialists, identification of
	"sample barangays", completing questionnaire
Mar. 1415.	Testrun of questionnaire in two selected barangays in the mu-
2000	nicipality of Catanauan, final adjustment of questionnaire ac-
	cording to the experiences from testrun, copying questionnaire,
	arranging appointments with interview partners (organized by
	DIAs), design of database
Mar. 16.	distribution of student-working-groups in the municipalities
2000	
Mar. 1731-	Survey by students, support of data encoding by contracted local
2000	encoders
Apr. 0104.	Evaluation and analysis of data, report writing (draft-version),
2000	preparation of final presentation
Apr. 0506.	Final presentation and handing over of draft-report
2000	

Quellenverzeichnis

- Addicks, G. 1979: Ökonomische Strategien in der Entwicklungspolitik;
 Stuttgart
- Alexander, P. 1992: Heimat oder Asyl. Ein Beitrag zur Entwicklungspolitik; Ulm
- Bartholomäi, R. 1997: Sustainable Development und Völkerrecht; Baden-Baden
- v. Boguslawski, M. 2000: Interview mit dem Verf. im Dezember 2000; unveröffentlichte Quelle; Gießen
- BDP (1997-2000): Compilation of BDP Assisted Barangay Development Plans; Unpublished Project Documents, Catanauan, Philippines
- BDP 1998a: BDP 5 Year Comprehensive Strategic Plan Manual (1998-2003); Unpublished Project Document; Catanauan, Philippinen
- BDP 1998b: Adjusted Plan of Operation for Phase III (July 1998-June 2000) of the Bondoc Development Program; Unpublished Project Document; Catanauan, Philippinen
- BDP 2000: BDP Impact Assessment; Final Draft; Institut for Geography,
 University of Gießen; Unpublished Document; Catanauan + Gießen
- Bibliographisches Institut (Hrsg.) 1975: Schülerduden; Mannheim
- Biermann, K. 1993: Mexiko; München
- Brockhaus AG (Hrsg.) 1992: Meyers großes Taschenlexikon; Bd. 8;
 Mannheim
- BMZ (Hrsg.) 1997: Grundlagen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit; Nr.97; Bonn
- BMZ (Hrsg.) 1999: Herausforderung für die Eine Welt, Bonn
- BMZ (Hrsg.) 2000: Journalistenhandbuch; 23. überarbeitete Auflage; Berlin
- Brand, K.W. 1997: Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung für die Soziologie; Opladen
- Christiansen, T. 2000: Interview mit dem Verf. im Juni 2000; unveröffentlichte Quelle; Gießen

- Czempiel, E.-O. 1991: Weltpolitik im Umbruch; München
- Deutscher Bundestag 1997 (Hrsg.): Konzept Nachhaltigkeit; Bonn
- Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) (Hrsg.) 1999:
 E + Z Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 11
- Deutsche Welthungerhilfe (Hrsg.) 1993: Grundlagen und Aufgaben, Beschluß der Mitgliedsversammlung am 25.11.1993; Bonn
- Deutsche Welthungerhilfe (Hrsg.) 1999: Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Siebter Bericht 1998/99; Bonn
- Deutsche Welthungerhilfe, Terre des Hommes (Hrsg.) 1999: Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe; Essen
- Drechsler, H.; Hilligen, W.; Neumann, F. (Hrsg.) 1995: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik; München
- Eissel, D., Leaman, J., Rokicka, E. 1996: Towards Sustainability: Challenges to the Social Sciences and Local Democracy; Lodz
- Engelhard, K. 2000: Welt im Wandel; Kiel
- Erler, B. 1985: Tödliche Hilfe; Freiburg
- Flasbarth, J. 2000 in: Der Spiegel, Nr. 47 2000
- Gebhardt, W. 2000: Regionale Entwicklungsprobleme in den Philippinen;
 in: Pacific News Nr.14, August 2000; Göttingen
- Glagow, M. (Hrsg.) 1990: Deutsche und internationale Entwicklungspolitik; Opladen
- Government of the Philippines (Hrsg.) 1998: Social Aspects Of Sustainable Development in the Philippines; Manila
- Hancock, G. 1989: Händler der Armut; Ulm
- Haub, O. 1999: Organisation und Durchführung des studentischen Projektes im Bondoc Development Program; unveröffentlichte Quelle; Gießen
- Haub, O. 2000: Dezentrale Landnutzungsplanung auf den Philippinen; in: Pacific News Nr.14, August 2000; Göttingen
- Hauff, V. (Hrsg.) 1987: Unsere gemeinsame Zukunft; Greven
- Hein, W. (Hrsg.) 1995: Umweltorientierte Entwicklungspolitik; Hamburg

- Hessisches Kultusministerium (Hrsg.) 1994a: Charta der Vereinten Nationen; Wiesbaden
- Hessisches Kultusministerium (Hrsg.) 1994b: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland; Wiesbaden
- Hübner, K. 1990: Wer die Macht hat, kann sich alles erlauben!; in: Prokla,
 Nr. 81; 1990
- Informationszentrum Dritte Welt (Hrsg.) 1984: Entwicklungspolitik: Hilfe oder Ausbeutung; Freiburg
- Juguan, F. 1998: Bondoc-Peninsula. Nutrition Report; Unpublished BDP Document; Catanauan
- Jungfer, J. 1991: Grundbedürfnisstrategie oder Ordnungspolitik als Wege zur Überwindung wirtschaftlicher Unterentwicklung; Bern + Stuttgart
- Kaiser, M. 1988: Entwicklungspolitik. Grundlagen, Probleme, Aufgaben;
 Ulm
- Kohlmeyer, C. 1989: Bondoc-Halbinsel: Agrarsoziales System und integrierte ländliche Entwicklung; Hamburg
- Lachenmann, G. 1990: Ökologische Krise und sozialer Wandel; Saarbrücken
- Lachmann, W. 1994: Entwicklungspolitik. Band 1; München
- Lewis, W.A 1956: Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums; Tübingen
 + Zürich
- Meyer-Ewert, H. 1999: Globale Strukturpolitik für Afrika; in: E + Z Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 12/99; Frankfurt a.M.
- Middlebrook, K. 1991: in: Latin America Reserch Review 1991: Vol. 26, Nr. 2
- Mols, M.; Lauth, H.; Wagner, C. (Hrsg.) 1994: Politikwissenschaft: Eine Einführung; Paderborn
- Ninck, M. 1997: Zauberwort Nachhaltigkeit; Zürich
- Nohlen, D. 1998 (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt, Reinbek
- Schirm, S. 1994: Macht und Wandel: Die Beziehungen der USA zu Mexiko; Opladen

- Nuscheler, F. 1999: in: E + Z Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 11/99; Frankfurt a.M.
- Schnell, R.; Hill, B.; Esser, E. (Hrsg.) 1995: Methoden der Empirischen Sozialforschung; 5. Auflage; München + Wien
- Scholz, U. 1998: Die feuchten Tropen; Braunschweig
- Scholz, U. 2000 in: Interview mit dem Verf. im Oktober 2000; unveröffentlichte Quelle; Gießen
- Smith, A. 1791: An Inquiry Into The Nature And Causes Of The Wealth Of Nations; London
- Spranger, C.D. 1995 in: Geleitwort der Informationsbroschüre der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) "20 Fragen 20 Antworten", Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH; Eschborn
- Spranger, C.D. 1997a: Entwicklungspolitik im Zeichen der Zeitenwende; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.4.1997
- Spranger, C.D. 1997b in: Grundlagen der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Nr.97; Bonn
- Streeten, P. 1977: Entwicklungsvorstellungen im Wandel; in: Finanzierung und Entwicklung, Sep. 1977; Washington DC
- Tetzlaff, R. 1991 (Hrsg.): Die "afrikanische Krise" und die Krise der Entwicklungspolitik; Münster
- Voynet, D. 2000 in: Der Spiegel, Nr. 47 2000
- Wahl, P. 1999 in: E + Z Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 11/99; Frankfurt a.M.
- Weltbank 2000: The World Bank's Role In The Fight Against Poverty In The Philippines; Washington DC
- Wieczorek-Zeul, H. 1999a in: SPW Nr.107/1999; Dortmund
- Wieczorek-Zeul, H. 1999b in: Jahrbuch Dritte Welt; München
- Wieczorek-Zeul, H. 1999c in: E + Z Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 01/99; Frankfurt a.M.